

akl

ANTI-KAPITALISTISCHE LINKE

**aufmüßig
konsequent
links**



Zehn Jahre DIE LINKE – eine Zwischenbilanz

**GLAUBWÜRDIGKEIT
WAHREN**

Volker Lösch
Seite 3-12

**EINE KRITISCHE
WÜRDIGUNG**

Lucy Redler
Seite 3-12

**GUTE SEITEN –
SCHLECHTE SEITEN**

Thies Gleiss
Seite 3-12

**GEGENMACHTSTRATEGIE
ODER MITREGIEREN**

Ekkehard Lieberam
Seite 3-12

Glaubwürdigkeit wahren.....S. 4

Dokumentiert: Rede von Regisseur Volker Lösch zu 10 Jahre DIE LINKE

Gute Seiten – Schlechte Seiten: Eine Gratulation und Fehlerdiagnose.....S. 9

Von Thies Gleiss

Zehn Jahre DIE LINKE: Eine kritische WürdigungS. 14

Von Lucy Redler

Wie weiter: Gegenmachtstrategie oder Mitregieren.....S. 19

Von Ekkehard Lieberam



Die Partei DIE LINKE. wird in diesem Jahr zehn Jahre alt. Der erste Aufruf der Antikapitalistischen Linken (AKL) wurde 2006 herausgegeben, um Einfluss auf

die programmatische Entwicklung der Partei zu nehmen. Inzwischen gibt es einen überarbeiteten Aufruf der AKL, der die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus berücksichtigt. Seit Beginn der Parteigründungsdebatte hat die AKL ihren Teil dazu beigetragen, dass dem regierungs- und parlamentsfixierten „Pragmatismus“ in der LINKEN ein antikapitalistisches Programm mit sozialistischem Ziel entgegengestellt wurde, das für Veränderungen vor allem auf gesellschaftliche Bewegungen setzt.

Im Vorfeld des Wahljahres 2017 und den von Teilen der Partei ständig wiederholten Wunsch nach Regierungsbeteiligungen, setzte sich die AKL mit dem Buch „Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren“ mit den Wirkungen des Parlamentarismus in einer Welt sich zuspitzender Widersprüche auseinander.

Zehn Jahre nach Gründung der Partei DIE LINKE. gibt es viele Gründe die Partei kritisch zu betrachten und einer Analyse zu unterziehen. Es geht darum, wie die Partei das im Erfurter Programm erklärte Ziel, weg von Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und hin zu einer antikapitalistischen, sozialistischen Gesellschaft erreichen kann. Dazu wollen wir mit dieser ersten Ausgabe eines AKL-Bulletins beitragen.

Wir haben kritische Stellungnahmen zum Jahrestag der Partei gesammelt. Thies Gleis beleuchtet die guten und die schlechten Seiten der Partei und zeigt auf, was sich ändern muss. Lucy Redler beschäftigt sich mit dem Grundproblem, wie gesellschaftliche Verbesserungen durchgesetzt werden können. Und der Regisseur Völker Lösch hat mit seinem Beitrag auf der Jubiläumsfeier „Glaubwürdigkeit“ eingefordert. Last but not least fordert Ekkehard Lieberam statt Fixierung auf Parlamentarismus eine konsequente Gegenmachtstrategie ein.

Viel Spaß beim Lesen,

Inge Höger

Über die AKL



Wer wir sind

Die Antikapitalistische Linke (AKL) besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und der übrigen politischen Linken in diesem Land und international sowie zu den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL ist auf Bundesebene, aber auch in zahlreichen Landesverbänden aktiv. Auch in einzelnen Kreisverbänden existieren AKL-Gruppen.

Was wir wollen

Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein. Seit

ihrer Gründung engagiert sie sich für die Einhaltung roter Haltelinien bei der Frage der Regierungsbeteiligung: Keine Militäreinsätze, kein Sozialabbau, kein Personalabbau im öffentlichen Dienst und keine Privatisierungen mit der Partei DIE LINKE! Teile davon wurden ins Erfurter Parteiprogramm übernommen.

Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen werden nicht durch Regierungswechsel erreicht, sondern dadurch, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern – vor allem durch Protest und Widerstand gegen herrschende Politik. Wir kämpfen als AKL dafür, dass DIE LINKE Teil des Protests und des Widerstands hier in Deutschland, in Europa und weltweit ist und den Weg für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus öffnet.

Mehr Infos: www.antikapitalistische-linke.de

GLAUBWÜRDIGKEIT WAHREN

von Volker Lösch



Volker Lösch ist Theaterregisseur und für seine kritischen Inszenierungen bekannt. Er ist außerdem Aktivist erster Stunde gegen Stuttgart21 und Erfinder des „Schwabenstreichs“.

Liebe Freundinnen und Freunde der LINKEN!

Es war eine andere Zeit, damals vor 10 Jahren, als die LINKE gegründet wurde, eine Zeit politischen Stillstands. Sarkozy gewann die Wahl in Frankreich, Horst Köhler war Bundespräsident, George W. Bush war leider auch Präsident, Angela Merkel Bundeskanzlerin. Es fühlte sich so an, als sei der Neoliberalismus unaufhaltsam, und somit eine hinzunehmende Naturerscheinung.

Ich habe ein Jahr davor am Staatstheater Stuttgart anlässlich meiner Inszenierung von Brechts „Johanna der Schlachthöfe“ eine Befragung zum Thema Armut und Reichtum durchgeführt. Es war damals schon erkennbar, dass Ungerechtigkeiten zunehmend den Alltag vieler bestimmen. Aber eine weit verbreitete Zukunftsangst war 2007 noch nicht zu spüren.

Da ich meine Theaterarbeiten – die in vielen Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz stattfinden – meistens mit journalistischen Recherchen bei den unterschiedlichsten sozialen Gruppen thematisch auflade, kann ich die sich verändernde Stimmung der letzten 10 Jahren ganz gut beschreiben. Meine Dramaturg*innen nennen unsere Arbeiten ja auch „soziologische Tiefenbohrungen“, „theatrale Feldforschungen“ oder „seismographische Bestandsaufnahmen“. 40 Inszenierungen später, nach der Stuttgarter „Johanna“ 2006, kann man ohne Übertreibung sagen, dass die Verschiebungen und Verwerfungen in der Gesellschaft dramatische Ausmaße angenommen haben.

Permanente Unsicherheit und Angst sind fast unmerklich so etwas wie Bindegewebe zwischen Generationen und Gesellschaftsschichten geworden. Die Unlust am Politischen hat deutlich zugenommen, das Vertrauen in Politik und Demokratie ist vielerorts nicht nur

weg, sondern großem Unmut und Hass auf Politiker*innen gewichen.

Aber gleichzeitig ist zu spüren, dass das Bewusstsein, dass es so nicht weitergehen kann, wächst. Das liegt auch daran, dass Armut sichtbarer wird, die obszöne Differenz zwischen den zahlreicher werdenden Armen, und denen, die extrem reich sind, immer mehr ins Auge springt. Dass sich unsere Städte durch Privatisierungen zum Schlechten verändern, wird plötzlich am eigenen Leib erfahren. Jeder kennt inzwischen jemanden, der seine Miete nicht mehr zahlen kann, der mal wieder aus einem schlecht bezahlten Job rausgefallen ist – oder man ist gar selbst davon betroffen.

Die Empörung darüber wächst, und anders als 2007 spüre ich in vielen Gesprächen, dass die Sehnsucht nach Veränderung zunimmt. Die Frage nach dem „WIE“ wird häufiger gestellt. Die Zeit scheint reif dafür, grundlegende Dinge in Frage zu stellen und zu debattieren. Das Bedürfnis wächst, über andere Lebensformen und Lebensmodelle zu diskutieren.

Es herrscht eine merkwürdige Stimmung: Politik wird einerseits abgelehnt und verteufelt, und gleichzeitig politisiert sich die Gesellschaft. Die Situation ist seit vielen Jahren wieder offen, es bewegt sich etwas, und eine diffuse Sehnsucht nach einer anderen Form des Zusammenlebens ist mit Händen zu greifen.

Mit dem beruflichen Privileg ausgestattet, in verschiedenste Milieus reinhören zu können, mache ich in den letzten Jahren gerne folgendes Experiment: in den Interviews – ob mit Recht-auf-Stadt-Aktivist*innen in Bonn, mit sogenannten Abgehängten im Ruhrgebiet, mit Rechten in Dresden, mit Flüchtlingshelfer*innen in Mannheim oder mit jungen Muslima und Moslems – kommen wir immer irgendwann darauf, dass man konkret

etwas tun müsste, um unser Leben zum Besseren zu verändern. Ich schlage dann zum Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns vor, rede von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, der Erhöhung der Erbschaftsteuer, argumentiere, dass man von oben nach unten umverteilen muss, nachdem man das ja 40 Jahre lang konsequent anders herum gemacht hat. Ich schildere machbare politische Szenarien, gehe manchmal, wenn ich ganz übermütig werde, auch so weit, den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen.

Das Problem mit der Glaubwürdigkeit

Ich vermittele in diesen Gesprächen also die Inhalte eures Programms. Linke Programmatik, die nachvollziehbar die Welt zum Besseren verändern kann. Breite Zustimmung bis dahin! Dann deute ich an, dass es bereits einen Ort gibt, an dem diese Programmpunkte gesammelt, durchdacht und formuliert werden, und dann spreche ich es aus: bei der LINKEN. Und das war's dann meistens. Das Gespräch versandet, und mündet in den immergleichen Monolog:

„Erstens ist die LINKE die ehemalige, überaltete SED-Partei, voll von Betonköpfen und Kommunisten, die nur mein Leben wieder gleichschalten wollen“. Zugegeben, da habt ihr ein kleines Imageproblem. Zweitens, und jetzt wird's spannend: „Wir glauben nicht daran, dass diese Punkte von dieser Partei auch umgesetzt werden. Lass' sie an die Macht kommen, und die machen dann – so wie alle anderen – genau das Gegenteil dessen, weswegen wir sie gewählt haben.“ Ende des Gesprächs. Fazit: – und das erlebe ich wirklich oft! – „Euren Inhalten folge ich zu hundert Prozent, allein mir fehlt der Glaube, dass ihr sie auch umsetzen werdet“.

Und das ist ein sehr interessantes Paradoxon! Das Potential für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ist also da, man vertraut denen aber nicht, die sich am meisten dafür anbieten, diese auch anzugehen.

Dabei sehnen sich sehr viele danach, politisch links vertreten zu werden. In den USA hätten die Demokraten mit Sanders Trump wahrscheinlich verhindert. In Spanien gibt es eine massenhafte Zustimmung für linke Ideen, PODEMOS verpasst es aber gerade,

diese in konkrete Politik umzusetzen. In Griechenland war eine deutliche Bevölkerungsmehrheit für einen radikalen Gesellschaftsumbau, – da gab es sogar die vielbeschworene Massenbewegung! – Tsipras und Co. haben es spektakulär vermasselt. In Frankreich sind die LINKEN mit fast 20 Prozent beinahe in die Stichwahl zur Präsidentschaft gekommen, und in England hat Corbyn an die 40 Prozent mit einem teilweise radikalen linken Programm eingefahren. All diese Vorgänge beweisen es doch: die Zeit ist längst reif für eine populäre und breit aufgestellte linke Politik!

Und ich behaupte, dass auch in Deutschland das Potential für die Zustimmung eures Programms größer ist als 20 Prozent. Wie die Realität dagegen aussieht, wisst ihr. Die LINKE agiert weit unter ihren Möglichkeiten. Was also hakt da, wieso stagniert die Partei bei ungefähr 10 Prozent, was bremst, warum stockt es, was fliegt da nicht? Was ist uncool an der LINKEN?

Wieso erreicht ihr so viele nicht, die ihr meint, die aber ihrerseits meinen, dass ihr sie nicht meint?

Ich glaube, dass drei Gründe dabei eine entscheidende Rolle spielen. Um das zu beschreiben, möchte ich einen kurzen Blick nach Frankreich werfen, denn der französische Schriftsteller und Soziologe Didier Eribon hat dazu ein beeindruckendes Buch geschrieben. In seiner Autobiografie „Rückkehr nach Reims“ schildert er seine Kindheit im Arbeitermilieu und den Aufstieg des rechtsextremen Front National. Er widmet sich der Frage, warum Fabrikarbeiter, die immer linke Parteien gewählt haben, in den 80er-Jahren anfangen, rechts zu wählen.

Klassenfragen

Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt für Eribon im Klassenbegriff. Der Begriff Klasse gilt ja als altmodisch und marxistisch. Klassen gibt es gar nicht mehr, heißt es. Seit den 80ern wird die Existenz einer Sozialstruktur nach Klassen verleugnet. Stattdessen spricht man von der „Selbstbestimmtheit des Individuums und dessen Verantwortung für sich selbst“. Wir haben uns jahrzehntelang einreden lassen: „Wenn du arbeitslos bist, keinen Schulabschluss hast oder wenn du arm bist, dann ist das deine Schuld“. Das neoliberale Mantra ist massenhaft verinnerlicht worden. Da-

mit ist aber allen Arbeiterinnen und Arbeitern ihre Identität genommen worden! Und obwohl soziale Klassen mehr denn je existieren, möchte niemand darüber sprechen. Und in dieses Vakuum stoßen die Rechten. Sie behaupten, dass sie diejenigen sind, die für die Arbeiterklasse kämpfen.

Die Arbeiterklasse im herkömmlichen Sinn gibt es aber gar nicht mehr! „Arbeiter“ meint heute nicht nur die, die in Fabriken und Betrieben angestellt sind. Die alte Arbeiterklasse in ihrer ursprünglichen Homogenität ist längst zu einem anderen, viel heterogeneren sozialen Gebilde transformiert. Sie müsste umbenannt werden in „Prekär-Klasse“. Oder in „Klasse der ausgebeuteten Abhängigen“. In „Niedriglohnklasse“. Oder in „Leidtragende-des-Neoliberalismus-Klasse“.

Egal, wie man sie nennt: es geht darum zu verstehen, dass Niedriglohnjobber, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Asylbewerber*innen, Zeitarbeiter*innen, Taxifahrer*innen, Fabrikarbeiter*innen, Paketfahrer*innen, dass Pflegepersonal, Kassenpersonal, Kita-Personal, dass die meisten Dienstleister*innen, Erzieher*innen, Putzkräfte, auch die am Existenzminimum arbeitenden Freiberufler*innen und viele andere, dass all diese Millionen von Menschen einer Klasse angehören, der „Klasse der prekär Arbeitenden“, der „Klasse der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten“, der „Klasse der um ihre Existenz Kämpfenden“.

Das Problem dabei ist nur, dass diese Klasse nicht weiss, dass sie eine ist! Diese neu zusammengesetzte Klasse muss erst ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass diese vielen unterschiedlichen Lebensentwürfe zusammengehören! Es gibt bisher kein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass all diese Menschen dasselbe Schicksal teilen. Wenn der Fahrradkurier nicht weiss, dass es derselben Klasse angehört wie der Arbeiter bei Amazon, dann kann der Arbeiter bei Amazon auch nicht solidarisch mit dem Fahrradkurier sein!

Der solidarische Gedanke aber ist entscheidend für die Mobilisierung der Vielen: „Wenn mich dein Leben etwas angeht, weil ich genauso ungerecht behandelt, genauso ausgebeutet werde, durch sozialen Abstieg dasselbe Schicksal teile wie du – wenn deine Geschichte auch meine ist, dann können und dann wollen wir vielleicht auch

etwas gemeinsam tun! Und wir sind so viele, das wir jede Forderung durchsetzen können.

Solidarität wecken

Und jetzt seid ihr dran, liebe LINKE. Genau da müsst ihr ansetzen! Die LINKE kann die Solidarität dieser Vielen füreinander wecken, indem sie vermittelt, wer alles zu dieser Klasse der Ausgebeuteten gehört. Erst wenn ihr den Klassenbegriff erweitert, wenn ihr beschreibt, dass es diese neue Klasse in dieser Vielfalt überhaupt gibt, dann könnt ihr auch mit ihr rechnen und sie vertreten!

Und nur ihr könnt für diese heterogene Gruppe sprechen. Die Mitte hat kein Angebot für sie, und von rechts kann sie nicht vereinnahmt werden, da sie zu unterschiedlich, zu vielfältig, zu bunt ist. Die Sehnsucht nach Solidarität ist in diesem riesigen sozialen Gebilde grö-

„Eine glaubwürdige Linke muss links sein. Nicht halblinks, und auch nicht ein bißchen links. Nicht heute sehr links und morgen nicht mehr ganz so links. Einfach und konsequent links! Und links sein heißt nicht nur nicht rechts sein, sondern links sein heißt vor allem – anders sein!“

ßer, als die Bereitschaft, ausgrenzen. Eine aus vielen Unterschiedlichen zusammengesetzte Arbeiteridentität kann die nationale Identität ersetzen, die die Rechten so geschickt platziert haben! Man kann auch da von Eribon lernen, der darüber schreibt, dass der „Rassismus der Arbeiter“ dann verschwindet, sobald die Vielen in gemeinsame soziale Kämpfe eingebunden werden.

Und dann muss sich auch niemand mehr mit sozialnationalen Ressentiments bei angeblich rechten Wähler*innen anbieten, denn eine viel breiter aufgestellte Arbeiterklasse braucht keine Sündenböcke, und sie braucht auch keinen falschen Heimatbegriff!

Was sie aber braucht, ist eine soziale Alternative. Und deshalb, liebe LINKE, stellt die soziale Frage in den Mittelpunkt, erweitert den Klassenbegriff, und stellt die Klassenfrage neu!

Holt euch damit die Nicht-Wähler*innen aus schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zurück!

Dramatisiert die soziale Gerechtigkeit und adressiert sie an alle! Ihr seid die einzigen, die das glaubhaft machen können.

Nehmt den Rechten ihre Verzweilungswähler*innen und ihr verlogenes nationales Identitätsprojekt, indem ihr die Vielen neu zusammendenkt! Die prekär Beschäftigten, die unterbezahlten Arbeiter*innen und Arbeitslosen, diese neue, wachsende und jetzt schon riesige Klasse: gebt ihr einen linken Bedeutungshorizont!

In lokale Kämpfe einbringen

Der zweite Grund für das Verharren der LINKEN im unbefriedigenden Mittelfeld scheint mir ein praktischer zu sein. Die LINKE ist im Leben der links engagierten Nicht-Parteigänger*innen zu wenig vorhanden. Sie muss im Alltag einfach präsenter sein. Im Theater würde man sagen, sie muss „rampensäui-

ger“ auftreten. Der Wille, sich konkret vor Ort in die politischen Konflikte einzubringen und einzumischen, sich für lokale Streitthemen zu engagieren, ist zu wenig und nur punktuell spürbar. In der Summe machen diese Aktivitäten aber eure Ausstrahlung aus!

Als Anti-Stuttgart21-Aktivist weiß ich, wie wichtig die Unterstützung der außerparlamentarischen Kräfte ist. Unser Kampf in Stuttgart findet seit 2010 mit inzwischen über 370 Montagsdemos konstant auf der Straße statt, die entscheidenden Punkte werden in der direkten Konfrontation vor Ort gemacht. Die Wut, die Empörung gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen artikuliert sich in erster Linie öffentlich. Auf der Straße kann ich andere treffen, spontane Kontakte knüpfen, die Aktionen machen Spaß und sind konkret. Als wir in Stuttgart 2011 kurzzeitig 120.000 Menschen auf der Straße hatten, waren es die Demonstrationen, die Besetzungen, die

Redemarathons, die Debatten und die Feste, die unter anderem dazu geführt haben, dass die 50-Jahre-CDU-Regentschaft ihr Ende fand – und die nebenbei unsere Bewegung auch radikal verjüngt haben.

Und diese bewegungsorientierte Praxis gibt es ja auch bei der LINKEN: der erfolgreiche Berliner Kampf für mehr Krankenhauspersonal zum Beispiel ist ein Mutmacher in ganz Deutschland! Davon und in dieser Dimension bitte mehr!

Unterstützt die betrieblichen Kämpfe noch mehr, arbeitet mehr in den Stadtteilen und an den Haustüren, stürzt euch noch mehr in die gewerkschaftlichen Schlachten, stärkt intensiver die Streikbewegungen und engagiert euch noch breiter für die vielen außerparlamentarischen Bewegungen, die vor Ort eine beachtliche Widerstandsarbeit leisten!

Werdet dadurch sichtbarer, spürbarer und ansprechbarer. Schafft und ermöglicht mehr gemeinschaftliche Erfahrungen, die man allein und zuhause, auf einer Wahlveranstaltung oder im Parlament nicht machen kann. Tut euch konsequenter mit all denen zusammen, die an derselben sozialen Front kämpfen!

Ein beiläufiger Effekt dieser Aktionen wird dann auch eine breitere Vernetzung sein. Viele neue Mitstreiter*innen können in neue, linke Netzwerke aufgenommen werden, und Zusammenarbeiten mit Gewerkschaften und NGOs, mit lokalen Aktivist*innen und Betrieben werden dann als Bezugspunkt eine Partei haben, die im Zentrum einer großen, linken Bewegung dynamische Netzwerke bildet.

Rechte Parteien sind in Europa erschreckend gut miteinander vernetzt. Eine gut vernetzte, linke und europäische Gegenöffentlichkeit hätte aber viel mehr Potential, sobald sie sich auch über Ländergrenzen hinweg besser organisieren würde. Linke müssen einfach mehr auf Vernetzung setzen, und zwar in alle Gesellschaftsbereiche hinein. Damit lassen sich schnell, unaufwendig und spontan Veranstaltungen, Debatten und Kundgebungen ins Leben rufen, öffentliche Ereignisse schaffen, an denen das linke Projekt weiterbetrieben, an denen ausgesprochen und praktiziert werden kann: „Wir wollen uns nach links bewegen!“ Nehmt also den Rechten die Straße wieder weg, und vernetzt euch mit allen sozialen Bewegungen!



Was ist Links?

Der dritte und vielleicht wichtigste Punkt, um von den realen 10 auf die gefühlt möglichen 20 Prozent zu kommen, heißt Glaubwürdigkeit. Es ist so einfach wie klar: eine glaubwürdige Linke muss links sein. Nicht halblinks, und auch nicht ein bisschen links. Nicht heute sehr links und morgen nicht mehr ganz so links. Einfach und konsequent links! Und links sein heißt nicht nur nicht rechts sein, sondern links sein heißt vor allem – anders sein!

Um anders zu sein als die anderen, muss man aber klar formulieren, was man nicht will – und was man unbedingt will. Um daraus dann Handlungen abzuleiten.

Und wenn man anders sein möchte als die anderen, sollte man eines niemals tun, nämlich das, was all die anderen tun: Versprechen abgeben, die dann nicht eingelöst werden. Und jetzt bin ich wieder bei den Vielen unterschiedlichster sozialer Herkunft, mit denen ich in meinen Projekten arbeite, die nicht daran glauben, dass ihr eure Inhalte umsetzen werdet, die nicht daran glauben, dass ihr wirklich anders seid als die anderen. Und deshalb wählen sie, wenn sie überhaupt wählen, das immergleiche kleine Übel, das frustrierende „weiter so“, mag es noch

so merkelöde oder schulzfad langweilig daherkommen.

Und das liegt schlicht und einfach an mangelnder Glaubwürdigkeit! Die LINKE muss aber glaubwürdig sein! Und zwar nicht ein bißchen glaubwürdig, oder manchmal glaubwürdig, sondern glaubwürdig glaubwürdig! Glaubwürdigkeit wäre ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland, denn die anderen sind ja nicht glaubwürdig! Sie reiben sich in Kompromissen auf, machen erbärmliche Zugeständnisse an das Establishment und huldigen ausschließlich dem Ökonomischen. Die SPD ist programmatisch so schwach wie nie. Die könnten auch nicht mehr zulegen, selbst wenn sie Ronaldo oder Jesus als Kanzlerkandidaten hätten. Mit denen wird kein Politikwechsel kommen, die kriegen ja noch nicht mal einen langfristigen Stimmungswechsel hin! Und den GRÜNEN sind die relevanten Themen ausgegangen. Wenn man sich ihre schwammige und opportunistische Regierungspolitik zum Beispiel in Baden-Württemberg anschaut, dann macht das – eingedenk einstiger Kraft und Prägnanz – einfach nur noch traurig.

Und das alles beschreibt den entscheidenden Punkt: Linke Politik wäre sehr vielen zu vermitteln, wenn sie klar und prägnant, wenn sie radikal ehrlich,

und vor allem, wenn sie konsequent glaubhaft wäre.

Regierungsbeteiligung

Eure Debatte über die Frage der Regierungsbeteiligung – ja oder nein – ist bekannt. Angeblich ist eine Mehrheit der LINKEN- Wähler*innen dafür. Ich behaupte: bei den unentschlossenen LINKE-Sympathisant*innen ist das Gegenteil der Fall. Draußen nehme ich das völlig anders wahr: ob ich mit Rechten oder Apolitischen, mit Alten oder Jungen spreche: das Vertrauen in eine Partei, die sich zu oft in Widersprüchen verzettelt, ist wirklich überschaubar.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die inspirierende Rede von Sarah Wagenknecht im Bundestag vom 1. Juni über die Grundgesetzänderung zur Ermöglichung der Autobahnprivatisierung. Ich habe diese Rede mit den vielen Zwischenkommentaren abschreiben lassen und mit meinen Schauspieler*innen am Theater Bonn in wechselnden Rollen gelesen. Und dabei offenbarte sich zweierlei: die glasklare, fachlich fundierte und souverän vorgetragene Beschreibung des Desasters der Privatisierung des öffentlichen Raums, und die dümmlichen Kommentare der Zwischenrufer, die aber deswegen gut

dazu passten, da sie ob ihrer Ignoranz und Dreistigkeit den Beitrag aufgewertet haben. Eine klare Position, eine gute Analyse, eine kämpferische Ansage, mit der sich sehr viele, auch nicht Politik-Interessierte, angefreundet haben – und ganz nebenher wurde auch noch beste politische Aufklärung betrieben.

Dann das Desaster am nächsten Tag: die Landesregierungen, in denen die LINKE mitregiert, stimmten der Möglichkeit der Autobahnprivatisierung im Bundesrat zu. Und das kapiert draußen nun wirklich niemand mehr! Da kann es dann noch so viele Absichtserklärungen des Vorstands gegen Privatisierung geben, das nimmt keine und keiner mehr wahr. Was hängen bleibt ist: „Die wissen nicht, was sie wollen. Die arbeiten nicht geschlossen. Die sind sich uneins“. Und da ist er wieder, der immergleiche Vorbehalt: „Die sind ja genauso wie die anderen“.

Ich würde diese Irritationen nicht unterschätzen. Dieser Vorgang hat wieder Tausende desinteressiert, die gerade neu interessiert wurden! Schade um die schöne Rede. Oder anders formuliert: so fühlt sich unglaubliche Politik an.

In England hat sich das in den letzten Wochen ganz anders dargestellt: Corbyn will den maroden Zustand des Nationalen Gesundheitsdienstes beheben, Bildungswesen und Sozialdienste finanziell besser ausstatten, Nullstundenverträge unterbinden, Post und Eisenbahn verstaatlichen und eine Million Sozialwohnungen bauen. Finanziert werden soll das alles durch eine radikale Erhöhung der Steuern für Unternehmen und Superreiche. Punkt. Und Volltreffer! Das hat gesessen. Und es hat vor allem funktioniert!

Politische Identitäten sind nämlich immer gemeinsame Identitäten. Und es ist fast unmöglich, Gemeinschaft herzustellen, ohne zu definieren, was man nicht will, was man ablehnt – und was man bevorzugt. Nur so kann ein Angebot gemacht werden. Mit einer klaren Position kann ich eine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner führen, die dann wiederum mein Profil schärft und diejenigen politisiert, die darauf warten, glaubwürdig vertreten zu werden.

Und es braucht eine glaubwürdige Alternative zur Politik der inspirationslosen Mitte! Und nicht das Heranschmeißen an diejenigen, die die neoliberale Globalisierung ein bisschen menschlicher machen, die ein biss-

chen mehr Verteilungsgerechtigkeit herstellen wollen, aber kein schlüssiges Gegenprogramm zu bieten haben. Ein glaubwürdiges, linkes Projekt muss eine klare Grenze zu all denjenigen ziehen, die das neoliberale Projekt weiterbetreiben wollen. Und damit all diejenigen ansprechen, die den markt-konformen Kräften schutzlos ausgeliefert sind. Und das ist die überwiegende Mehrheit!

Und daher kann es zur Zeit kein Bündnis mit den Parteien geben, die den neoliberalen Irrsinn weiter befördern. Das Bemühen um einen Konsens bedeutet in dem Fall : das Ende von Politik.

Kompromissfähigkeit, Kompromissbereitschaft, Kompromisse, ja, natürlich, aber man muss auch ein Gespür dafür haben, wann die Zeit dafür da ist. Mir scheint – und ich meine das überall auch so aufzunehmen – dass jetzt eher die Zeit für klug argumentierte Grenzbeziehungen ist. Kompromisse sollten aus einer starken Position heraus gemacht werden. Und die Zeit war noch nie so günstig wie jetzt, diese starke Position zu erlangen, denn die anderen werden gerade ganz von alleine schwächer!

Schärft also erst einmal euer Profil, spitzt eure Positionen zu, tretet geschlossener auf, werdet glaubwürdiger – und geht Kompromisse erst dann ein, wenn ihr euer eigenes Potential entwickelt und entfaltet habt!

Wünsche zum Geburtstag

Liebe LINKE, ich würde als Theatermensch mit dir noch gerne über deine Ästhetik streiten, über die Redekunst und Wortwahl einiger deiner Akteure, über deine gelegentlichen Ausflüge ins Nationalistische, über dein beredtes Schweigen, wenns um russische Diktatoren geht, über Zustimmungen zu Abschiebungen – und auch zu der Inszenierung deiner Parteitage gäbe es aus professioneller Theater-Perspektive einiges zu sagen.

Aber viel lieber würde ich dir zum Geburtstag Mut machen! Mut dafür, mit einem klaren Profil deine linke Identität auszubauen. Denn du musst daran glauben, liebe LINKE, dass noch nie so viel möglich war wie heute! Dass sich noch nie so viele für dich interessiert haben! Dass viele auf dich setzen! Die Stimmung für einen Politikwechsel ist da – und nur du hast die Möglichkeiten,

die Inhalte, das Personal und das Herz dafür, diesen Wechsel zu vollziehen.

Ich wünsche dir, dass du dich nicht in sinnlosen Versuchen aufreibst, diejenigen nach links zu ziehen, die schon lange auf dem Weg nach rechts sind.

Ich wünsche dir, liebe LINKE, dass du groß und stark wirst, und dass du verdammt nochmal die Nerven behältst und es noch 4 Jahre in der Opposition aushältst, damit du Zeit zum Wachsen hast! Denn wenn du erst einmal groß geworden bist, dann wirst du ansagen, wo's langgeht, und dann kannst du die Welt mal wirklich verändern, und nicht nur darüber reden.

Denn im Grunde bist du wirklich anders als die anderen, und ich wünsche dir, dass du das auch zu schätzen weisst, und dass du dich nicht unter Wert verkaufst.

Ich wünsche dir, dass du eine durch und durch progressive, solidarische, egalitäre und undogmatische LINKE wirst, die für soziale Gerechtigkeit, für Emanzipation und Vielfalt kämpft. Und dass du dir in diesen visionslosen Zeiten die Zeit dafür nimmst, der rechten Erzählung des Nationalismus, der Abschottung und der Waffengewalt eine große, eine linke, eine humanistische Erzählung entgegenzusetzen!

Und wenn all diese Wünsche in Erfüllung gehen, dann bin ich mir sicher, liebe LINKE, dass du mächtig und stolz, und ja, vielleicht sogar attraktiv und schön sein wirst, dass du auch von innen strahlst und somit ausstrahlst, und dass du dann die Zustimmung bekommst, die du schon lange verdienst.

Und ich wünsche mir für uns beide, dass ich in 10 Jahren mit dir darüber debattieren darf, wie man die 30-Prozent-Marke knacken kann. Und dass dann viele Liebhaber aus der Mitte bei dir Schlange stehen, die darum betteln, von dir – an dein großes Herz – ganz weit nach links gezogen zu werden!

Liebe LINKE, wenn du schon die Welt verändern willst, – und nicht weniger erwarten wir von dir – dann musst du auch bereit sein, dich zu verändern. Das Leben beginnt ungerecht, und es endet ungerecht. Dafür, dass es dazwischen gerechter zugeht, bist du zuständig. Und es ist machbarer, als du es dir gerade zutraust! Hau rein, LINKE, und ab dafür!

**Feliz cumpleaños –
y venceremos!**

GUTE SEITEN – SCHLECHTE SEITEN: EINE GRATULATION UND FEHLERDIAGNOSE

von Thies Gleiss



*Thies Gleiss ist im Bundessprecher*innenrat der AKL und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN. Er ist IGM-Mitglied und Betriebsrat*

Als 1989/90 die Deutsche Demokratische Republik an ihren inneren gesellschaftlichen Widersprüchen und der ökonomischen wie politischen Umzingelung durch den imperialistischen Westen zugrunde ging und in einem beispiellosen Abwickel- und Unterwerfungsakt in das kapitalistische Westdeutschland zwangseingegliedert wurde, da hinterließ die DDR der BRD – dem Musterschüler der Nato und Stammland des Antikommunismus – eine linke Massenpartei mit damals noch 100.000 Mitgliedern und einem großen Parteiapparat. Das hatte die politische Linke in Westdeutschland nie fertiggebracht: Den Aufbau einer sozialistischen Großpartei – trotz eines breiten linken, emanzipatorischen Aufbruchs Ende der 60er Jahre; trotz einer Antikriegs-Bewegung, die Hunderttausende auf die Straße brachte; trotz einer Gewerkschaftsbewegung, die spätestens seit der Regierung unter Helmut Schmidt regelmäßig in eine Katerstimmung gegenüber ihrer traditionellen Haus- und Hofpartei SPD verfiel; trotz einer umfassenden Umwelt- und vor allem Anti-AKW-Bewegung, auf deren Hintergrund sich eine neue, links von der Sozialdemokratie angesiedelte Partei, Die Grünen, entwickeln konnte und natürlich auch trotz verschiedener kleiner Einigungsversuche verschiedener linker Gruppen, die alle erfolglos blieben.

Bereits 1986, drei Jahre nach ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag und mit Veröffentlichung ihres „Umbauprograms“ hatten die GRÜNEN alle radikalen, antikapitalistischen Verkleidungen abgestreift und sich dem historischen

Auftrag der Sozialdemokratie („Holt die untreuen Kinder wieder heim“ – so hieß damals der Auftrag des „Handelsblatt“-Chefredakteurs Mundorf an die SPD), die unbotmäßigen Radikalreformer auf den Boden der kapitalistischen Realpolitik zurückzubringen, mit nur wenig Widerstand unterworfen. Der größte Teil der 68er Linken, die sich dem Aufschwung der SPD Anfang der 70er Jahre verweigerten und später in die GRÜNEN gingen, wurde auf diese Weise politisch erledigt. Es dauerte dann noch ein Jahrzehnt, in dem die GRÜNEN ihre Mitgliedschaft fast komplett erneuerten und tausende durch Parlamentsposten und sonstige Mitgestaltung fest eingebundene Funktionsträger erhielten, bis SPD und GRÜNE 1998 die Wahlen zum Bundestag gewannen und die neue Bundesregierung stellten.

Die aus der SED übrig gebliebene „Partei des demokratischen Sozialismus“ hat in die Formierungsprozesse der politischen Linken in Deutschland, dem Prozess der Sozialdemokratisierung der GRÜNEN; der Suche der restlichen Linken – von der alten SED-Schwester DKP bis zur autonomen Linken – nach einer neuen politischen Orientierung und auch in die Debatten der linken Strömungen in der ehemaligen DDR, die nicht aus der SED-Geschichte kamen, nie ernsthaft eingegriffen.

Sie hatte ein Selbstverständnis, in dem Prozess des „Ankommens im Westen“ der gesamten DDR-Bevölkerung den linken Flügel zu spielen. Eine linke Kritik an dem, wo man ankommen wollte, stand weder auf der Agenda der PDS noch wurden die linken Kräfte des

Westens, die diese Kritik äußerten, ernst oder überhaupt wahrgenommen. Anforderungen und Angebote an die PDS, sie solle in einem breiten Erneuerungs- und Vereinigungsprozess eine gesamtdeutsche linke Massenpartei aufbauen, wurden mehr oder weniger rüde und bürokratisch bereits in 1990 restlos erledigt. Nur einzelne Personen und kleinste Gruppen aus der Westlinken und den GRÜNEN schlossen sich der PDS an.

Dieses Ausblenden der politischen Realitäten und die Verweigerung gegenüber der Westlinken war mit Sicherheit der erste große Fehler der PDS nach dem Ende der DDR. Sicherlich war auch die Westlinke nicht gerade trickreich und klug im Umgang mit der PDS, aber auch geschicktere und mehr integrative Annäherungen der West- an die Ostlinke hätten den Tunnelblick der PDS-Spitzenleute in Richtung „Ankommen im Westen“ nicht überwinden können.

1998: Die Sozialdemokratie in der Regierung und die PDS duckt sich weg

Die Regierungsübernahme durch SPD und GRÜNE hat die PDS ein weiteres Mal vor die Herausforderung gestellt, die Führungsrolle einer breiten, antikapitalistischen und linken Opposition in Gesamtdeutschland zu übernehmen. Sie ist daran gescheitert. Die Mehrheit in der PDS blieb ihrem braven Wunsch treu, so zu sein wie die anderen, im politischen Gespräch und im Bundestag ernst genommen zu werden, die gleichen Sakkos und Kostüme in den Talkshows zu tragen – wenn sie dazu überhaupt mal eingeladen wurden. Die PDS war damit, obwohl sie wahrscheinlich genau das Gegenteil erreichen wollte, die perfekte Ergänzung zum notorischen Antikommunismus und zur Siegermentalität der anderen politischen Parteien in Deutschland. „Wir sind doch gar nicht so schlimm“ – das war das Credo des durch die Talkshows gereichten Gregor Gysi noch zu einer Zeit, wo die deutsche Linke endlich einmal schlimmer werden musste, um die Abwiegler und Zauderer bei SPD und GRÜNEN, die jetzt die Regierung stellten, herauszufordern. Von einer Kraft, die unfähig und unwillig war, die gesamte Linke zusammen zu führen, wurde die PDS in dieser Zeit sogar zu einer Kraft, die selbst verzögerte, zauderte und abwiegelte. Siegermentalität traf auf Besiegtenmentalität – auch in der PDS.

Sie ging hauptsächlich aus diesen Gründen auch bei den Parlaments-

wahlen baden und konnte 2002 keine Bundestagsfraktion mehr erreichen. In diesem Versagen als linke Kraft in Gesamtdeutschland und Opposition gegen SPD-GRÜNE ist der zweite große politische Fehler der PDS festzumachen. Gleichzeitig entstand in der PDS ein harter Kern von Parteiideologen, die mit beinahe religiösem Eifer die Zukunft der PDS in einer Linkskorrektur der SPD und einem späteren Zusammengehen auf Regierungsebene sahen – egal was passierte oder von der SPD gesagt und gemacht wurde.

In den Bundesländern, in denen die PDS an Regierungen mit der SPD beteiligt wurde, ließ sie sich willen- und widerstandslos in die Austeritätspolitik der Sozialdemokratie einbinden. „Sparen bis es quietscht“ hieß es in Berlin und die PDS quietschte mit.

Als 2002 die zweite Amtszeit der SPD und GRÜNEN-Regierung begann, vollzog sich in Kürze ein historischer Wandel der Sozialdemokratie und ihrer Gehilfen bei den GRÜNEN. Hatten sie sich in der ersten Amtszeit schon in den imperialistischen Krieg auf dem Balkan

Eine ganze Generation musste erleben, wie die Grundregel jeder stabilen Gesellschaftsordnung, nämlich dass es der folgenden Generation, den Kindern und Enkeln, besser gehen wird, durchbrochen wurde

und dem späteren „Krieg gegen den Terror“ fast mit Begeisterung hineinziehen und all die aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung bekannten Niederträchtigkeiten der Sozialdemokratie wieder aufleben lassen, so eröffneten sie spätestens 2003 und 2004 mit der zum Synonym für Sozialraub gewordenen Agenda-2010- und Hartz-IV-Politik den sozialen Krieg an der Heimatfront. Es war das größte Projekt aus Sozialraub und Umverteilung von Unten nach Oben in der Geschichte der BRD. Die SPD geriet zu recht in ihre tiefste Krise seit 1914. Mehr als die Hälfte der Mitglieder und die Hälfte der WählerInnen sollte sie in den nächsten zwei Jahren verlieren. Die in der Vergangenheit bei den Menschen wenigstens mit Verbesserung ihrer Lage in Verbindung gebrachten Begriffe „Reform“ oder „Erneuerung“ wurden zunehmend als Bedrohung empfunden und von der SPD in das Gegenteil von Fortschritt verwandelt. Eine ganze Generati-

on musste erleben, wie die Grundregel jeder stabilen Gesellschaftsordnung, nämlich dass es der folgenden Generation, den Kindern und Enkeln, besser gehen wird, durchbrochen wurde. Heute geht es flächendeckend den Kindern schlechter als den Eltern.

Man sollte meinen, dass in einer solchen Situation einer Partei links von der SPD die neuen Mitglieder in Scharen zulaufen müssten. Aber bei der PDS passierte nichts. Sie rutschte ungebremst in ihrer Abstiegsbewegung weiter ins Abseits. Es war der PDS dritter große politische Fehler, selbst in dieser Situation nicht angemessen reagieren zu können.

Stattdessen entstand 2003-2004 eine neue Sammlungsbewegung von aus der SPD ausgetretenen oder sogar ausgeschlossenen Kräften. Es waren in erster Linie Gewerkschafter und untere sozialdemokratische Funktionäre, die politisch fast alle zur Generation derjenigen gehörten, die sich in den siebziger Jahren ausdrücklich der SPD, dem SHB oder den Jusos zugewandt hatten, weil ihnen die damals gleichermaßen aktiven und aus den Resten der

68er-Bewegung erwachsenden radikal-linken Gruppen zu radikal waren. Sie hatten einige große Demonstrationen organisiert und eine nicht riesengroße, aber doch gesellschaftlich relevante Bewegung gegen die Hartz-IV-Politik und die SPD ausgelöst.

Es war von den Initiator*innen ursprünglich geplant, in einem langsamen und kontrollierten Prozess über eine mögliche „Wahlalternative“ zu den Bundestagswahlen 2006 zu diskutieren. Eine ungewollte Veröffentlichung auf der ersten Seite der „Süddeutschen Zeitung“ brachte jedoch eine kleine Lawine ins Rollen, die zur Gründung von zahlreichen Initiativen ähnlicher Art in fast allen Orten Deutschlands führte. Ihnen schlossen sich auch die Reste der nicht von SPD und GRÜNEN erfassten Alt-68er-Linken, sowie zahlreiche jüngere Kräfte an. Das führte Ende 2004 zur Gründung der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“

(WASG). Gegen den Wunsch der Führungsriege der neuen WASG entschied eine Mehrheit der Mitglieder, sich bereits 2005 an den Wahlen zum Landtag in Nordrhein-Westfalen zu beteiligen.

Die WASG als politischer Retter der PDS und Vorbote der LINKEN

Bereits zur Landtagswahl 2005 in NRW gab es die Initiative (unter anderen vom Autor dieses Textes), eine gemeinsame Kandidatur von WASG und PDS auf die Beine zu stellen. Das stieß auf massive Kritik bei WASG-Führungsleuten (Klaus Ernst: „Jeder muss seinen eigenen Rucksack tragen“) und fand leider weder bei der WASG noch bei der PDS in Nordrhein-Westfalen eine Mehrheit. Es wurde eine kleine Machtprobe gesucht, die von der WASG mit einem besseren Wahlergebnis als die PDS klar gewonnen wurde.

Nach der NRW-Wahl, dem Desaster für Peer Steinbrück und die SPD und der Flucht nach vorn zu vorgezogenen Neuwahlen durch die Schröder-Regierung, traten WASG und PDS zur Bundestagswahl 2005 gemeinsam an. Insbesondere die Initiative von Oskar Lafontaine führte zu einer Meinungs-, bei manchen auch nur Verhaltensänderung auf Seiten der WASG-Führung. Als Linkspartei-PDS, formal die alte PDS mit garantierten Listenplätzen für WASG-Mitglieder, erreichte die gemeinsame Wahlliste 4,12 Millionen Stimmen und 8,6 Prozent sowie 54 Parlamentssitze. Es war mit einem Schlag im wichtigsten imperialistischen Land Europas die größte parlamentarische Vertretung links von der Sozialdemokratie in der Tradition der Zweiten Internationale in Europa entstanden. Doch trotz der damals zusammen immer noch gut 70.000 Mitglieder hatte diese Kraft nur eine sehr schwache gesellschaftliche Verankerung.

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen von 2005 begannen offizielle Fusions-Verhandlungen zwischen Linkspartei-PDS und der WASG. Der Autor dieses Textes war als Bundesvorstandsmitglied der WASG daran intensiv beteiligt, was ihm erlaubt, die heutige Generalsicht mit den damaligen inneren Zielsetzungen kombiniert zu betrachten.

Die WASG war eine politische Frischzellenkur für die alte PDS. Diese fand jetzt Zugang in die politischen Debatten und Bewegungen in den Westländern und ebenso praktische Ansätze sich im realen Leben zu verankern und mehr als nur Interessensvertretung enttäuschter

Ex-DDR-BürgerInnen zu werden. Dabei war die WASG – weil überwiegend sozialdemokratischen Ursprungs – auf dem Papier oft weniger „links“ als die PDS, in der Praxis bedeutete der Zusammenschluss mit der WASG für die PDS aber dennoch eine Linksentwicklung.

Die PDS weigerte sich jedoch aus Angst vor ihrer eigenen Courage und noch mehr auf Grund des konservativen Gewichtes ihres überdimensionierten Parteiapparates, die politischen Möglichkeiten des Zusammenschlusses mit der WASG optimal auszunutzen. Dazu wäre es erforderlich gewesen, die gemeinsame neue Ost-West-Linkspartei wirklich neu zu gründen, um auch moralisch-psychologisch den Zauber der „neuen sozialen Idee“, von der Oskar Lafontaine zu recht sprach, auszunutzen. Es gab dazu politische Vorschläge und ausgearbeitete Konzepte, aber die PDS beharrte auf einen Eintritt der WASG in die alten PDS-Strukturen und die meisten WASG-EntscheiderInnen beugten sich 2007 leider diesem Wunsch. Das war gleich zu Beginn der vierte politische Fehler in der Entstehung der LINKEN.

So entstand eine Partei „des kurzen Dienstweges“, wie der Autor dieses Textes damals spottete. „Das war schon immer so“, „Dafür haben wir unsere Vorschriften und Verantwortlichen“ und ähnliche demobilisierende Formeln prägten in einer Weise den politischen Umgang in der angeblich neuen Partei. Eine Art „vorausseilende Bürokratisierung“ entstand, die viele Menschen erstaunte und etliche abschreckte. Aufbruchsstimmung traf auf Berliner Zentralismus und wurde allzu oft dadurch im Keim erstickt.

Falscher Name für wichtigste politische Neugründung

Das Gesamtkunstwerk, das dann am 16. Juni 2007 offiziell gegründet wurde, ist ein bis heute ambivalentes Konstrukt. Die Ambivalenz beginnt schon bei dem verunglückten Namen. Der Name PARTEI DIE LINKE oder Die Linke. ist politisch eine ungeheure Anmaßung. Er verprellt die sehr umfängliche und lebendige Linke außerhalb der LINKEN. Es ist eine blöde Selbsterhöhung, die im konkreten Umgang mit anderen Linken in Selbsterniedrigung umschlägt. Dazu kommt, dass der Name eine Apparaterfindung ist, der in der Praxis nur scheitern konnte. Der Name Die Linke. brachte wegen des so flott ausgedachten Punktes alle gängigen Textverarbeitungssysteme zur

Verzweiflung. So muss die neue Partei Die Linke. bis heute damit leben, dass eigentlich niemand – von den Medien und den Mitglieder bis zu den meist ergebnen MitarbeiterInnen im Apparat und den politischen Führungszirkel – ihren Namen richtig benutzt. Es wird von „Linkspartei“, von PDL, von LINKE, von Linksfraktion und anderen Wortschöpfungen gesprochen. Noch im letzten Jahr wurde im Kreisverband des Autors dieses Textes ein zweiseitiges und entsprechend ernstgemeintes Anleitungspapier über „den richtigen Umgang“ mit dem Namen Die Linke. verteilt. Natürlich vergeblich.

Bleibt anzumerken, dass auch in dieser Frage der Autor dieses Textes 2007 einen Minderheitenvorschlag zum Namen einbrachte: Sozialistische Partei – ein seit ewigen Zeiten in Deutschland sowohl in der analogen als auch der digitalen Welt freier Name.

Dennoch ist die LINKE die wichtigste politische Neugründung in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Es ist die einzige wirklich gesamtdeutsche Partei, die den Opfern und Bedrängten der kapitalistischen Realpolitik – sowohl in der Eingliederung der früheren DDR als auch in der Vollstreckung der dann folgenden Austeritätspolitik – in Ost und West ein Sprachrohr wurde und immer noch weiter bleiben kann.

Der Autor dieser Zeilen war seit Anfang seines politischen Denkens immer ein unerbittlicher Kritiker der DDR und der in ihr im Namen des Sozialismus begangener Verbrechen. Die Gründung der LINKEN und die intensive Zusammenarbeit in der neuen Partei, der Aufbau der links-kritischen Strömung in der LINKEN namens Antikapitalistische Linke und die Arbeit in Leitungsgremien hat auch bei ihm die Erkenntnis gebracht, dass die DDR nicht nur ein bürokratisches Unglück, sondern auch ein Versuch vieler Menschen gewesen ist, einen Sozialismus aufzubauen.

Die LINKE ist ein Projekt, aus dem tiefen Loch herauszukommen, in das die Linke weltweit nach dem Untergang der sich sozialistisch nennenden Zentralverwaltungswirtschaften einerseits und dem beispiellosen Niedergang der Sozialdemokratie andererseits hineingefallen ist. Der Sozialismus hat ein Loser-Image und die LINKE müsste es durch eine neue Hoffnung ersetzen. Leider wird die reale LINKE dieser großen Aufgabe nur wenig gerecht.

Die LINKE ist aufgrund ihrer Entstehung zwangsläufig ein sehr buntschillerndes Projekt, in dem unterschied-

lichste politische Ideen ihre Heimat haben, teilweise eingebracht wurden, teilweise in ihr entstanden sind und teilweise in ihr das Überleben sichern.

Leider trifft diese bunte Wirklichkeit in der „Partei des kurzen Dienstweges“ auf Widerstand im Apparat und den zentralistisch-konservativen Kräften. Die LINKE müsste deutlich mehr die Fähigkeit entwickeln, in Alternativen zu denken und Widersprüche auszuhalten. Das passt natürlich nicht zu zentralistischen und harmoniesüchtigen, von Werbeagenturen und dem Wunsch, mit den anderen Parteien optisch mithalten zu können, dominierten Parteivorstellungen.

Die Handlungsfähigkeit – die bei der LINKEN von heute mit 59.000 Mitglieder sowieso nicht gerade ausgeprägt ist – würde durch dieses Bekenntnis zur pluralen Welt der Linken mit Sicherheit nicht leiden, sondern höchstwahrscheinlich deutlich steigen.

Die große Krise des Kapitalismus

Gleich nach der Gründung der LINKEN begann im weltweiten System des Kapitalismus die tiefste ökonomische und politische Krise seit 1929. Das aufgeblähte System der Spekulations- und Börsengeschäfte kollabierte und das ideologische Gerüst des „Neoliberalismus“ stürzte in sich zusammen. Es wurde wieder vom Kapitalismus, seinen Krisen und seiner Endlichkeit gesprochen. Die Krisenbewältigung ab 2007 brachte einen militanten Schub des Klassenkampfes von Oben mit dem Ziel, alle Krisenlasten der ArbeiterInnenklasse aufzubürden.

Die nachhaltigste politische Folge dieser Jahrhundertkrise des Kapitalismus ist die bis heute ungelöste Krise des zentralen Projekts des europäischen Kapitals, die Europäische Union. Es war fast das einzige Projekt, mit dem die bürgerlichen Regierungen in Europa ein neues, lang anhaltendes Projekt der Hoffnung in den Kapitalismus schaffen wollten. Die schwere ökonomische Krise, die Verwandlung privater Verschuldung in Staatsschulden, die Vertiefung der Ungleichheit zwischen den EU-Mitgliedern und vor allem die Entlarvung der politischen Strukturen der EU als Diktatur des reichen Deutschlands über den Rest, haben dieses Hoffungsprojekt zerschlagen. Die Mehrheit der Menschen in Europa sieht die EU heute als Bedrohung und die Architekten dieser Union des Kapitals haben fast die gesamte Legitimation verloren.

Man sollte meinen, in einer solchen Situation müsste eine neue linke Partei aufblühen und einen Triumph nach dem anderen einfahren. Die LINKE in Deutschland hat diese Möglichkeiten leider nicht annähernd so genutzt wie es nötig und möglich gewesen wäre. Der Fehler Nummer fünf in dem Jahrzehnt der LINKEN.

Bei den Bundestagswahlen 2009 erzielte die LINKE mit 5,1 Millionen Stimmen (ein Zuwachs von einer Million Stimmen gegenüber 2005) einen deutlich gesteigerten Wahlerfolg. Sie wurde als die grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus und Garanten einer anderen Politik angesehen. Aber die LINKE verkaufte sich in ihrer Kampagne sehr und typisch sozialdemokratisch zurückhaltend. Die elende Rolle als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus war auch für die LINKE in diesem Wahlkampf die Leitidee. Hätte sie die Krise für einen Schub an politischer Radikalisierung und Präzisierung ihres antikapitalistischen Programms genutzt, dann wären mit Sicherheit nicht weniger, sondern eher viel mehr Stimmen für die LINKE herausgekommen. Insbesondere ignorierte die LINKE die verbreitete Stimmung im Land, die mit dem politischen Establishment abrechnete und tiefe Zweifel an den ewigen Fortschritts-Lügen des Kapitalismus ausdrückte.

Nur wenig später kippte diese Stimmung – wie fast immer in solchen geschichtlichen Situationen, wenn es keine ausreichenden linken Kräfte gibt – nach rechts um, und der Aufschwung neuer rechter Parteien ging los.

In dieser Wahlkampagne setzte sich erstmals komplett ein konservativ-sozialdemokratisches Politikmodell durch. Der Wahlkampf verzichtete auf jede „Politik in der ersten Person“. Eine solche Subjektivität und Ansprache des Klientels im Sinne von „Jetzt wählen wir uns selber“ ist immer die Basis des Erfolges und Wahlerfolges von linken Parteien gewesen – bis in heutige Zeiten der erfolgreichen Kampagnen der SP in den Niederlanden der PTB in Belgien oder Sanders in den USA und Corbyn in Britannien. Hier zeigte sich zum ersten Mal die merkwürdige Korrelation, dass die LINKE ihre Wahlerfolge nicht wegen, sondern trotz ihrer konkreten Wahlkampagne erzielt.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2010, dem wichtigsten deutschen Bundesland, bekam die LINKE 435.000 Stimmen und zog mit einer Fraktion in den Landtag ein.

Bei der Gründung der LINKEN nahm ungefähr ein Drittel der Mitgliedschaft

aus der WASG nicht mehr teil. Ein kleiner Teil fürchtete, das neue Parteiprojekt ist zu links, der größte Teil allerdings sah in der neuen Partei keine Heimat mehr für ihre unmittelbare Interessenvertretung. Es waren insbesondere die direkt von Hartz-IV und Agenda 2010 betroffenen Menschen, oft politisch unerfahren und in keiner bisherigen Partei aktiv, die bei der Gründung der LINKEN verschwanden. Leider verschwanden sie auch immer mehr aus dem Blick der politischen Strategen in der LINKEN. Es setzte sich ein ziemlich abgelutschtes Verständnis von Stellvertreterpolitik durch. Und je professioneller und hochglänzender die Wahlkampagnen wurden, desto mehr verfestigte sich dieses, alles andere als linke, politische Selbstverständnis.

Die Erfolge der LINKEN bei den Wahlen gingen deshalb in den Folgejahren fast ungebrochen zurück. Die LINKE verkaufte sich immer mehr als eine Partei wie die anderen, die in einer großen Materialschlacht um „den aufgeklärten Wähler“ und „die aufgeklärte Wählerin“ (andere sagen auch die politische Mitte des gut gebildeten und verdienenden Stadtbürgers) mit den anderen Parteien um das Mandat der Stellvertreterpolitik konkurriert. Bei den Bundestagswahlen 2013 verlor die LINKE fast 1,5 Millionen und erhielt nur noch 3,7 Millionen Stimmen. Bei den vorgezogenen Landtagswahlen in NRW 2012 verlor die LINKE mehr als die Hälfte der Stimmen und ihre Präsenz im Landtag.

Bis heute hat sich dieser Wechsel in der WählerInnen-, aber auch in der Mitgliederbasis von den deklassierten und prekarierten Schichten hin zu den jüngeren, gut gebildeten, städtischen Milieus stetig fortgesetzt. Viele linke WählerInnen bleiben zuhause oder – wie speziell in den letzten Wahlen 2016 und 2017 – docken sogar bei der „Alternative für Deutschland“, der größten Rechtsformation an.

Diese Entwicklung des „Ankommens im Kapitalismus“ und bereitwillige Annahme der Rolle der LINKEN als Reparaturkraft hat allerdings auch ihre Grenzen. Es ist keineswegs ein linearer Prozess. Zum „Glück“ für die Entwicklung der LINKEN haben die weltgeschichtlichen Ereignisse in den letzten zehn Jahren immer wieder auch zu einer gewissen Radikalisierung und Rückbesinnung auf frühere radikale Inhalte geführt. Die LINKE ist – darüber darf sich heftig gefreut werden – ein lebendiger politischer Organismus. Ihre Positionierungen gegenüber Arbeitskämpfen in Deutschland und anderswo, gegenüber Kriegen und Kriegseinsätzen

der Bundeswehr, gegenüber dem neuen Kalten Krieg in Richtung Russland, gegenüber der beschleunigten Klimazerstörung durch fossile Energieträger, gegenüber dem Abbau demokratischer Rechte und gegenüber dem Zulauf für rassistische und nationalistische Kräfte waren für die LINKE immer Bewährungsproben, die sie bis heute allesamt gut bestanden hat. Manchmal mit Debatten in die falsche Richtung in ihren Reihen, manchmal verkleidet in fade Kompromissformulierungen, aber immer in die richtige Richtung. Eine schweres Versagen gegenüber den gesellschaftspolitischen Herausforderungen für eine antikapitalistische Bewegung – das ist unser Maßstab – kann der LINKEN nicht vorgeworfen werden. Trotz Regierungsbeteiligung und der jüngsten Zustimmung zu möglichen Autobahnprivatisierungen.

Kaum eine soziale, oppositionelle Bewegung kann heute sagen, sie profitiere nicht von der Anwesenheit und Unterstützung – personell und materiell – durch die LINKE. Diese Unterstützung erfolgt in der Regel sehr selbstlos. Dass die LINKE soziale Bewegungen majorisieren oder instrumentalisieren will, kann nicht ernsthaft behauptet werden. Im Gegenteil: Eine Partei mit 59.000 Mitgliedern könnte viel mehr Kräfte in solche sozialen Bewegungen investieren – beide Seiten würden davon profitieren.

Die Dialektik der partiellen Errungenschaften

WählerInnenbasis und Mitgliedschaft der LINKEN haben sich bis heute verändert. Die LINKE hat heute noch 59.000 Mitglieder. Ein wachsender Teil ist erst wenige Jahre in der Partei. Der Anteil der Jüngeren steigt – eigentlich eine Entwicklung, die erfreulich ist. Gleichzeitig wächst aber kontinuierlich die Schicht an Parteimitgliedern, die vollzeit oder teilzeit BerufspolitikerInnen in der LINKEN sind: Als Beschäftigte der Partei, der Fraktionen, der Parteistiftung, als Abgeordnete in den diversen Parlamenten oder deren MitarbeiterInnen. Das ist eine konservative Schicht, die ihre eigenen Pfründe verteidigt, und Angst vor struktureller Veränderung hat. Sie führt ihre kleinen Kämpfe, Konkurrenztanze und Eifersüchteleien aus, über die die Restpartei bestenfalls lachen kann, die aber oft auch ärgerlich und bremsend sind. Die LINKE als direktes Feld der Beschäftigungssicherung als eigener mittelständischer Betrieb für junge AkademikerInnen, ist

natürlich gut, aber andererseits auch immer Quelle für konservative Tendenzen und Verzicht auf Radikalität, ohne die eine Überwindung des Kapitalismus jedoch nicht zu haben ist.

Eine besondere Basis hat diese konservative Schicht in der Partei in den kommunalen Parlamentsstrukturen. Dort wimmelt es von Personen, denen ein Allgemeininteresse am Fortkommen einer linken Partei ziemlich abhanden gekommen ist. Schon bei anderen linken Parteien vor der LINKEN – zuletzt die GRÜNEN in Deutschland 1980-87 oder heute auch die Sozialistische Partei in den Niederlanden – ist speziell diese kommunale parlamentarische Truppe die verantwortliche Kraft gewesen, die einen späteren allgemeinen Rechtsruck der Gesamtpartei ausgelöst und abgesichert hat.

Der ideologische Kitt dieser konservativen Kräfte in der Partei ist in der deutschen LINKEN die Legende von Rot-Rot-Grün. Jedes Kind weiß, dass die LINKE ein Ergebnis des Niedergangs der SPD ist. Die LINKE gewinnt, weil die SPD verliert. Die Vorstellung, es könnte durch friedliches Miteinandersein sowohl die LINKE als auch die SPD erfolgreich sein und ein gemeinsames linkes Lager auffüllen, ist einfach nur lächerlich. Die GRÜNEN dürften nach ihren Koalitionen und Kapriolen der letzten Jahre schon gar nicht in dieses Modell eines linken Lagers aufgenommen werden.

Wenn sich die SPD (vielleicht ja sogar auch die GRÜNEN) wieder nach links bewegen sollen, dann ganz sicher nicht durch parlamentarische Avancen der LINKEN, sondern – wenn überhaupt noch einmal – nur durch gewaltige gesellschaftliche Eruptionen in der Größenordnung eines Generalstreiks oder tagelanger Massendemonstrationen.

Alles ändern, damit es so bleibt wie es ist

Die LINKE muss eher schnell als langsam ihre gesamte politische Performance verbessern und radikalieren, damit sie eine linke Partei bleibt.

Ihre Mitglieder und AnhängerInnen müssen zu einer wirklichen gesellschaftlichen Gegenmacht organisiert werden:

- Kommunale Arbeit in den Stadtteilen, statt nur kommunalparlamentarische Stellvertreterpolitik
- Kleinräumige Organisation und Einbindung aller Mitglieder in die täglichen Aktivitäten

- Aufbau von dauerhaften Parteistrukturen – mit der nötigen politischen Offenheit für Neu-MitstreiterInnen in Betrieben, Schulen und Universitäten
- Aufbau von kollektiven LINKE-Strukturen in den Gewerkschaften und anderen Organisationen der sozialen Bewegungen – nicht, um sie zu instrumentalisieren, sondern um die Inhalte und Vorschläge der LINKEN dort einzubringen
- Befristung aller politischen Ämter in der Partei und Ächtung von Ämterhäufung
- Schärfere Trennung von Parteiämtern und parlamentarischen oder sonstigen Mandaten
- Stärkung der professionellen Parteiarbeit unabhängig von staatlichen, parlamentarischen oder sonstigen dritten Geldquellen
- Befristung der parlamentarischen Mandate auf maximal zwei, auf kommunaler Ebene auf eine Legislaturperiode
- Wahlkampagnen durch unmittelbare Mobilisierung und Aktivierung unserer Mitglieder und Anhänger gemäß des Mottos Jetzt wählen wir uns selber
- Dezentraler Parteaufbau und hohe Eigenständigkeit der Kreis- und Landesverbände
- Mut zur Pluralität und Widersprüchlichkeit. Denken in Alternativen und Mut zu Mehr- und Minderheitsentscheidungen
- Garantierte Rechte der Minderheiten und Präsenz in Leitungsgremien
- Kampf für eine eigenständige Politik auf Basis unseres Gesamtprogramms und keine Unterordnung unter Regierungs- oder Koalitionswänge
- Oppositionelle Grundhaltung und Verachtung für das Establishment. Protest und Opposition als unerlässliche Grundkräfte, diese Gesellschaft zu verändern.
- Eine klare Oppositionshaltung gegen das Europa des Kapitals und eine Fortsetzung der EU.

Und wenn dem Autor dieses Textes ein besonderer Gefallen getan werden soll: Umbenennung der Partei Die Linke in „Sozialistische Partei“.

EINE KRITISCHE WÜRDIGUNG

von Lucy Redler



Lucy Redler ist Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE, Mitglied im BundessprecherInnenrat der Antikapitalistischen Linken (AKL) und Bundessprecherin der SAV

Zum Jahrestag der LINKEN wird es viele Artikel geben, die das Bestehen der Partei würdigen und die Bedeutung der Partei hervorheben. DIE LINKE ist heute die einzige linke Opposition gegen Militarisierung, Krieg und Sozialabbau im deutschen Bundestag. Sie hat die Einführung des Mindestlohns, auch wenn dieser noch viel zu niedrig ist, mit vorangetrieben. DIE LINKE ist die einzige Partei, die KollegInnen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen tatkräftig in ihrem Kampf für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt und an der Seite streikender Belegschaften steht.

Der zehnte Jahrestag sollte aber auch genutzt werden, um einen kritischen Blick zurück nach vorn zu richten und zwei Fragestellungen in den Blick zu nehmen:

1. Was waren die Erwartungen zum Zeitpunkt der Fusion 2007 an die neue Partei und wie sieht die Bilanz davon aus?

2. Welche Konflikte und Fragestellungen gab es 2007, mit denen wir uns auch noch heute beschäftigen? Wie können diese gelöst werden?

Erwartungen und Bilanz

Die Parteigründung wurde von den meisten Beteiligten mit großer Eupho-

rie und hohen Erwartungen vollzogen. Endlich schien eine starke und stärker werdende Partei links der Sozialdemokratie eine realistische Chance. Wie sieht die Bilanz konkret aus? Ein Überblick über einige wichtige Bereiche ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Mitgliederentwicklung:

2007 hatte die Partei 71.711 Mitglieder, Ende März 2017 sind es knapp 59.000, davon 36,8 Prozent Frauen und acht Prozent unter 25 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt bei 58 Jahren mit großen Unterschieden zwischen Ost und West. In den ostdeutschen Bundesländern liegt es außer in Berlin überall bei über 65 Jahren (in Berlin bei 60 Jahren) und in den westdeutschen Bundesländern zwischen 46 und 50 Jahren.¹ Die Partei gewinnt derzeit mehr Menschen unter 36 Jahren, was sehr positiv ist. Es reicht aber nicht, um die Überalterung der Partei aufzuhalten. Linksjugend [solid] und SDS erleben einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Doch gerade die Politik des Linksjugend-Bundesverbands entspricht so wenig dem Bedürfnis vieler lokaler Gruppen und links-aktiver Jugendlicher, dass der Jugendverband weit davon entfernt ist, sein Potential auszuschöpfen.

Viele Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Stunde, vor allem aus der WASG, haben sich aus der aktiven Parteilarbeit zurückgezogen oder sind gar aus der Partei ausgetreten. Im Osten verliert die Partei jährlich eine große Zahl von Mitgliedern durch Tod. Es sind auch viele neue Mitglieder dazu gekommen, aber der große Aufbruch zu einer neuen starken und einheitlichen Linken

¹ Alle Zahlen aus der dem Parteivorstand vorgelegten Mitgliederstatistik zum Ende des ersten Quartals 2017

ist irgendwo und irgendwann stecken geblieben.

Verankerung in Betrieben, Gewerkschaften und Bewegungen:

Vor allem VertreterInnen der WASG machten sich bei der Fusion dafür stark, ein hohes Augenmerk auf die betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung der Partei zu legen. In einzelnen Bereichen hat sich die Partei ein Standing erarbeitet, wie zum Beispiel im Krankenhausbereich. Hier ist DIE LINKE erste Ansprechpartnerin für Kolleginnen und Kollegen.

Die Kampagne der Partei für mehr Personal im Krankenhaus ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Partei an der Seite von KollegInnen für Verbesserungen kämpfen kann: durch Unterstützung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe, durch Infotische auf der Straße, durch Anträge und Anhörungen im Bundestag. Auch in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei den Streiks im Einzelhandel oder auch bei den Sozial- und Erziehungsdiensten war DIE LINKE am stärksten präsent. Das ist der Verdienst vieler Parteimitglieder, der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft und auch des Vorsitzenden Bernd Riexinger. Auch die Linksfraktion hat zu verschiedenen Themen wertvolle Konferenzen für betrieblich Aktive und Betriebs- und Personalräte angeboten. Eine gute Rolle spielte die Partei ebenfalls in der Auseinandersetzung um TTIP und CETA und bei Blockupy. Leider prägen diese Beispiele nicht die Gesamtpartei (und -fraktion).

Gemessen an ihrem Apparat, ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrer Größe bleibt die Partei weit unter den Möglichkeiten. Sie hat zudem eine deutlich geringere Verankerung im Bereich der Metall- und Elektroindustrie als im Bereich des Öffentlichen Dienstes. Und in letzterem ist sie stärker im Bereich der Daseinsvorsorge als beispielsweise in der Verwaltung, Telekom etc präsent. Natürlich spielt der Bewusstseinsstand der KollegInnen in den verschiedenen Sektoren und auch die Politik der verschiedenen Einzelgewerkschaften eine Rolle dafür, welche Möglichkeiten DIE LINKE ausschöpfen kann. Doch der subjektive Grund für die unzureichende Verankerung ist die starke parlamentarische Ausrichtung der Gesamtpartei.

Beim Bundesparteitag in Magdeburg 2016 berichtete die Mandatsprüfungskommission, dass von 579 Delegierten nur eine Minderheit von 234 Mitglied einer Gewerkschaft ist. Gleichzeitig sind 244 Delegierte entweder MandatsträgerInnen auf Bundes- Landes- oder kommunaler Ebene oder arbeiten hauptamtlich für die Partei (bei Fraktionen, Abgeordneten oder in der Bundesgeschäftsstelle).² Das ist alles andere als ein gutes Verhältnis.

Es gibt eine Schieflage zwischen den Ressourcen, Zeit und Nerven, die die Partei insgesamt in lokale und bundesweite Kämpfe und Kampagnen steckt und dem, was sie in parlamentarische Arbeit investiert. In vielen Bundesländern und auch auf kommunaler Ebene wird die nötige Bewegungsorientierung oftmals der parlamentarischen Arbeit untergeordnet anstatt die MandatsträgerInnen in den Dienst des Aufbaus von Bewegungen und Widerstand zu stellen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass es in der LINKEN stark unterschiedliche Ansichten gibt, ob grundlegende dauerhafte Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus oder nur mittels seiner Überwindung durchgesetzt werden

Es gibt eine Schieflage zwischen den Ressourcen, Zeit und Nerven, die die Partei insgesamt in lokale und bundesweite Kämpfe und Kampagnen steckt und dem, was sie in parlamentarische Arbeit investiert.

können, woraus sich direkt die Frage ergibt, ob Verbesserungen vor allem durch Widerstand, Streiks, Proteste und Bewegungen oder vor allem durch parlamentarische Arbeit erreicht werden können.

Die meisten Bewegungen finden heute lokal statt. Vor allem hier kann DIE LINKE beim Aufbau von Widerstand und Protesten einen Unterschied machen. Positive Beispiele hierfür sind unter anderen die erfolgreiche langfristige Mieterkampagne der LINKEN in Bad Cannstatt, die Arbeit in Solidarität mit Geflüchteten der LINKEN in Bochum, die Kampagnearbeit der LINKEN Neukölln, die auch immer wieder die Grundlage für sehr gute Wahlerfolge liefert und die Kampagne der hessischen

² <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/be-richt-der-mandatspruefungskommission/>

LINKEN gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Wahlergebnisse:

Vor der Fusion waren WASG und Linkspartei.PDS (wie die PDS inzwischen hieß) beim gemeinsamen Wahlantritt 2005 mit 8,7 Prozent in den Bundestag eingezogen, nachdem die PDS im Jahr 2002 die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr erreicht hatte. 2009 erreichte die Partei stolze 11,9 Prozent bei den Bundestagswahlen, um dann 2013 wieder auf 8,6 Prozent zu fallen. Zum Zeitpunkt des zehnten Jahrestages liegt die Partei in den Umfragen auf ähnlichem Niveau wie 2013. Das entspricht einer Stagnation auf Bundesebene im Vergleich zum Fusionszeitpunkt.

In den ostdeutschen Bundesländern hat die Partei bei den letzten Landtagswahlen außer in Thüringen und Berlin überall mehr oder weniger stark an Zuspruch verloren.³

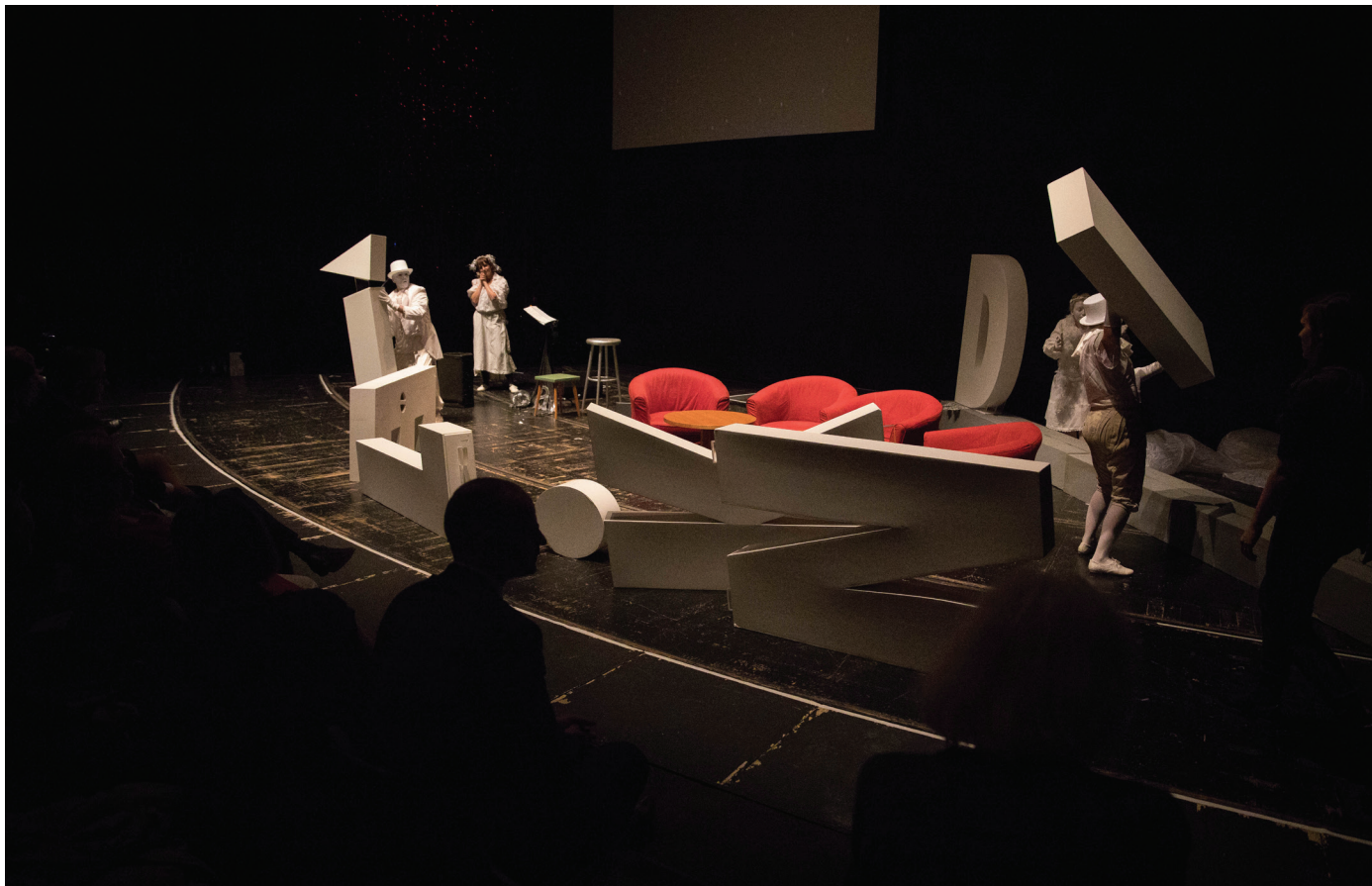
In den westdeutschen Bundesländern ist es der Partei nur in Hessen, dem Saarland und den Stadtstaaten Bremen und Hamburg gelungen, erneut in die Landesparlamente ein-

zuziehen. In anderen Bundesländern scheiterte der erneute Einzug entweder knapp wie in NRW mit 4,9 Prozent oder der Wieder- oder erstmalige Einzug in die Landtage wurde deutlich verfehlt. Damit hat die Hoffnung vieler, DIE LINKE in Westdeutschland als starke Kraft zu etablieren, einen Dämpfer bekommen.

„Ohne uns wäre die Rechte stark“

Dieser richtige Satz stammt von Oskar Lafontaine beim Gründungspar-

³ In Berlin erreichte die PDS im Jahr 2002 vor ihrem Eintritt in die erste rot-rote Regierung 22,6 Prozent. Nach zehn Jahren in der Regierung hatte sie ihre Unterstützung halbiert und erreichte in 2011 nur noch 11,7 Prozent. In 2016 schaffte sie es auf 15,6 Prozent, liegt damit aber weiterhin deutlich unter dem Ergebnis der Zeit vor dem Regierungseintritt.



teitag der LINKEN 2007: „Zu einem historischen Auftrag, den wir haben, möchte ich etwas sagen, weil er in der Öffentlichkeit immer wieder vergessen wird. Wir sind die einzige Stimme im Parlamentsbetrieb und im politischen Leben, die denen Hoffnung wieder gibt, die bisher nicht mehr zur Wahl gingen, weil sie gesagt haben, es lohnt sich ja nicht mehr, sie entscheiden ja doch immer gegen uns. Ohne uns wäre die Rechte in Deutschland stark. Das ist bereits ein historisches Ergebnis der neuen LINKEN.“⁴

Lange konnte die Existenz der LINKEN den Aufstieg einer rechtspopulistischen Kraft, die wir in vielen anderen Ländern beobachtet haben, bremsen. Das hat sich mit der Gründung der AfD im Jahr 2013 geändert. DIE LINKE gewinnt zunehmend Mitglieder und WählerInnen in urbanen, jungen, gut gebildeten Milieus und verliert solche unter den abgehängten und ausgebeuteten Schichten, die teilweise gar nicht mehr zur Wahl gehen und zum Teil der AfD ihre Stimme geben.

Die Analyse, warum Letzteres der Fall ist, ist stark umstritten. Während Gregor Gysi und andere die AfD dadurch bekämpfen möchten, dass neue rot-rot-grüne Regierungen gebildet werden, sieht ein Großteil des

⁴ <https://archiv2017.die-linke.de/partei-organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/oskar-lafontaine/>

linken Parteiflügels und auch die Autorin dieses Textes ein erhebliches Problem darin, dass die LINKE durch Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen als angepasste parlamentarische Ergänzungspartei wirkt und dadurch nicht in der Lage ist, der berechtigten Wut vieler Menschen Ausdruck zu verleihen.

Fragestellungen und Konflikte damals und heute

Ein Grundproblem der Partei seit der Fusion bis heute besteht darin, dass es zu zentralen Fragestellungen qualitative Differenzen gibt.

Das gilt vor allem für:

- Wie werden gesellschaftliche Verbesserungen durchgesetzt: vor allem parlamentarisch oder durch Druck durch Bewegungen und Proteste?
- Gibt es ein linkes Lager von LINKE, SPD und Grünen oder ist es Aufgabe der LINKEN Veränderungen aus der Opposition durchzusetzen bis sich linke parlamentarische Mehrheiten ergeben?
- Will die Partei den Kapitalismus wirklich überwinden oder geht

es um kleine Verbesserungen im Bestehenden?

- Wer entscheidet in der Partei vor allem? Die Basis, die Vorstände oder die Fraktionen?

In Wirklichkeit gehören all diese Fragen zusammen. Einige in der Partei betonen das hohe Gut des Pluralismus. Die stellvertretende Parteivorsitzende Janine Wissler schreibt in einer kurzen Bilanz in der Disput im Mai 2017: „Diese Pluralität macht die Partei so spannend – und oft auch anstrengend. Weil man sich miteinander auseinandersetzen und einen Konsens finden muss oder manchmal auch nur eine Sprachregelung.“⁵ Natürlich muss DIE LINKE vor dem Hintergrund des heutigen Bewusstseinsstand und der gesellschaftlichen Ausgangslage verschiedene Traditionen und ideologische Positionen in sich vereinen. Aber Pluralismus darf nicht zu Beliebigkeit führen. In der LINKEN sollte die Basis dafür die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten und eine antikapitalistische Perspektive sein.

Das Problem ist heute zum einen, dass manche Positionen so unterschiedlich sind, dass sie die Partei lähmen und zum anderen, dass die notwendigen Debatten selten offen so geführt werden, dass sich Mehrheitspo-

⁵ Disput, Mai 2017, Seite 9

sitionen in der Partei herausbilden können. Es werden viel zu viele „Sprachregelungen“ gefunden, anstatt wichtige Fragestellungen zu klären. Das ist aber notwendig für jede demokratische Partei, die sich weiterentwickeln will. Die Formelkompromisse zu inhaltlichen Themen wie der Regierungsfrage, der EU, der NATO und anderen Fragen bedeuten im Endeffekt, dass oftmals führende Mitglieder mit Apparat und Medienpräsenz im Gepäck die reale Position der Partei in der Öffentlichkeit prägen.

Das gilt vor allem für die Regierungsfrage. Der in Erfurt gefundene Kompromiss lautet, dass sich die Partei an keiner Regierung beteiligt, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert. Diese Positionierung findet erstens auf Landesebene in der Praxis keine Anwendung. Das aktuellste und extrem bittere Beispiel hierfür ist die Zustimmung der Landesregierungen, in denen die LINKE mitregiert, zur Möglichkeit der Autobahnprivatisierung am 2. Juni im Bundesrat. Zweitens bildet der Erfurter Kompromiss eine Vielzahl von Aspekten der Arbeit in Regierungen gar nicht ab: Er erfasst weder den Sozialabbau und Privatisierungen der Vergangenheit noch aktuelle zentrale Themen wie Abschiebung von Geflüchteten, prekäre Arbeit, steigende Mieten oder Freihandelsabkommen. Drittens wird er vom Spitzenpersonal unserer Partei mal so und mal so ausgelegt. Will man diese Position aber bei Bundesparteitagen schärfen, wird einem entgegen gehalten, man wolle Kompromisse aufmachen, die die Partei an den Rand der Spaltung bringen könnten. Wenn sich FunktionsträgerInnen in den Ländern nicht an diese Kompromisse halten, ist diese Kritik selten zu vernehmen. Die Parteilinke wäre gut beraten, an der Stelle um Mehrheiten zu ringen.

Natürlich kann und muss es auch Kompromisse und nicht nur Mehrheitsentscheidungen geben. Was nötig ist, hängt von der politischen Bedeutung der Themenfelder ab. Das Problem ist derzeit, dass vorauseilende Kompromisse unter FunktionsträgerInnen der Taktgeber der Partei geworden sind und nicht lebendige Debatten an der Basis, in der sich Mitglieder eine Meinung bilden können. Ein schönes Beispiel dafür, wie es anders laufen kann, war die

von der AKL beim Bielefelder Parteitag 2015 angestoßene Debatte über Kommunalpolitik. In dieser Debatte wurden zwei unterschiedliche Linien in der Partei (Politik der Sachzwänge oder kämpferische Kommunalpolitik) deutlich und Mitglieder konnten sich eine Meinung bilden.

Im April 2016 veröffentlichten die Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ihren Text „Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie“⁶. Vieles darin ist positiv, vor allem die Aussage, es gäbe kein linkes Lager von LINKE, SPD und Grünen. Claus Ludwig, Sprecher der LINKEN Köln-Kalk und aktiv in AKL und SAV, und ich schrieben in einer Antwort auf den Text: „Es wird nicht gelingen, DIE LINKE als kämpfende, ‚revolutionäre‘ Kraft darzustellen, eine ‚neue Kultur der Selbstermächtigung und Beteiligung durch Organisie-

Ein Teil der Partei hat die Perspektive sozialistischer Veränderung aufgegeben und setzt darauf, die kapitalistischen Verhältnisse mit zu verwalten

rung an der Basis‘ zu schaffen, ohne kontroverse Debatten offen zu führen, den Konflikt mit dem auf Regierungseteiligungen und ‚Realpolitik‘ orientierten Flügel einzugehen und für klar antikapitalistische Mehrheitsverhältnisse zu kämpfen. Ohne solche haben wir am Ende nicht einmal eine Reform der Partei, geschweige denn die Revolution.“⁷

Geburtsfehler der LINKEN

Im Buch „Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren“ schreibt Sascha Staničić, Bundessprecher der SAV, treffend, dass die Akzeptanz von Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien so etwas wie der Geburtsfehler der Partei DIE LINKE ist. Im Gegensatz zur PDS lehnte die WASG „kategorisch eine Regierungsbeteiligungen ab, die zu Sozialkürzungen, Privatisierungen und Personalabbau führt. Unter den damaligen Bedingungen der Agenda-2010-Politik der SPD und den

⁶ <https://archiv2017.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/revolution-fuer-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/>

⁷ <https://www.sozialismus.info/2016/05/revolution-der-sozialen-gerechtigkeit-nur-mit-einer-revolutionierung-der-partei/>

Erfahrungen mit der rot-roten Koalition in Berlin war das gleichbedeutend mit einer Absage an rot-rote oder rot-rot-grüne Koalitionsgedanken. Das war der entscheidende Unterschied zur politischen Praxis der PDS und das sollte zur Hauptkontroverse in der Fusionsdebatte werden. Der neuen Partei wurde ein Grundwiderspruch in die Wiege gelegt, der seit neun Jahren eine massive Bremse für ihren Aufbau und ihre Stärkung darstellt.“⁸

Einerseits will die Partei an der Seite von Bewegungen Verbesserungen gegen alle etablierten Parteien durchsetzen, andererseits orientiert sie auf Bündnisse mit SPD und Grünen und untergräbt damit in der Praxis ihre eigenen Forderungen. Der Widerspruch ist Ausdruck davon, dass ein Teil der Partei die Perspektive sozialistischer Veränderung aufgegeben hat und darauf setzt,

die kapitalistischen Verhältnisse mit zu verwalten und etwas besser zu gestalten, was zur Fokussierung auf eine Politik des (parlamentarischen) kleineren Übels führt.

Das führt dann zu solch kuriosen Situationen, dass DIE LINKE einen wichtigen Beitrag leistet, die gesellschaftliche Stimmung zum Thema Privatisierungen zu drehen und in Ländern oder Kommunen, in denen DIE LINKE mit SPD (und Grünen) regiert, Privatisierungen mit durchsetzt (Ausgründung der CFM in Berlin, Privatisierung von über 100.000 Wohnungen in Berlin, Verkauf der WoBa in Dresden, Zustimmung zur Möglichkeit der Autobahnprivatisierung im Bundesrat).

Im Gegensatz zur Autorin dieses Textes hatten einige in der neu gegründeten Partei wie beispielsweise Klaus Ernst (Mitbegründer der WASG und Parteivorsitzender der LINKEN von 2010 bis 2012) die Illusion, mit der Gründung der LINKEN die SPD nach links zu treiben. Klaus Ernst zieht in der Mitgliederzeitschrift Disput im Mai 2017 folgende Bilanz: „Auch die einstige Hoffnung, die SPD nach links zu treiben, bewahrhei-

⁸ S. Staničić: Die Regierungsfrage als Geburtsfehler der Linken, in: Gleiss/Höger/Redler/Staničić (Hrsg): Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden, S. 152

tete sich nicht. Hartz IV wurde nicht abgeschafft, Kriegseinsätze, Altersarmut sowie eine wachsende Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen sind Realität.“⁹ Trotzdem wird von großen Teilen der Partei diese falsche Orientierung beibehalten.

Der Berliner Landesparteitag der WASG am 4.11.2006 formulierte zu Recht politische Mindestbedingungen für eine Neugründung der Linken. Die WASG forderte unter anderem die Absage an Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Beendigung von Regierungsbeteiligungen, die zu Sozialabbau, Privatisierungen und Stellenstreichungen führen. Heute müsste man die Kriterien noch schärfer formulieren. Damals richteten sie sich eindeutig gegen die Praxis der Regierungsbeteiligungen der LINKEN mit der SPD in Ber-

„Wir werden dann Glaubwürdigkeit haben, wenn wir dem eigenen Lied niemals auf die Kehle treten“

lin (2002-2011) und Mecklenburg-Vorpommern (1998-2006). Die WASG Berlin war gegen eine schnelle Fusion im Top-down-Verfahren. Sie wollte auch Kräfte der politischen Linken einbeziehen, die nicht Teil von WASG und Linkspartei.PDS waren, forderte eine Trennung von Amt und Mandat und den Aufbau außerparlamentarischen Widerstands zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Sie warnte davor, dass die Regierungsbeteiligung in Berlin ein Präzedenzfall für die neue Linke wird, wenn die Frage nicht vor einem Zusammenschluss der beiden Parteien geklärt würde.¹⁰

Weil diese Punkte nicht zur Basis für die Fusion wurden, sprachen sich die Mitglieder der WASG Berlin und auch die Autorin dieser Zeilen gegen die Fusion aus. Die Warnungen haben sich bestätigt. Die politischen Konflikte, die damals eine Rolle gespielt haben, sind heute noch aktuell.

Glaubwürdigkeit

Durch den Widerspruch von richtigen Forderungen auf Bundesebene und der Zustimmung der Politik vermeintlicher Sachzwänge auf Landesebene,

wird die Glaubwürdigkeit der Partei beschädigt. Oskar Lafontaine hatte beim Gründungsparteitag angemahnt:

„Wenn wir wissen, dass viele Menschen in Deutschland sagen, die da oben machen ja doch, was sie wollen, es lohnt sich doch gar nicht mehr, dann müssen wir dagegen halten mit direkter Demokratie, mit Mitgliederentscheiden, mit Generalstreik usw. Aber wir müssen auch dagegen halten mit Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit ist das Schwerste. Lasst uns alles versuchen, dass diese Glaubwürdigkeit bei allen Fehlern und Irrungen, die unvermeidlich sind, zum Markenzeichen der neuen LINKEN wird! Und wenn wir das wollen, liebe Freundinnen und Freunde, dann lasst mich schließen mit einem Wort eines Dichters der Oktoberrevolution, mit einem Wort Majakowskis. Der sagte einmal: Wir werden dann

Glaubwürdigkeit haben, ‚wenn wir dem eigenen Lied niemals auf die Kehle treten‘. In diesem Sinne: Glück auf!“¹¹

Davon ist DIE LINKE leider weit entfernt.

Sascha Staničić führt in seinem Beitrag außerdem aus, weshalb die Akzeptanz von Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen als konstitutives Element der neuen Partei auch wichtige Folgen für ihre innere Verfasstheit hat: „Denn das verstärkt eine Fokussierung auf parlamentarische Arbeit, eine Stärkung der Macht der Parlamentsfraktionen, die Entstehung materieller Eigeninteressen bei einer wichtigen Schicht der ParteifunktionärInnen und MandatsträgerInnen etc. In den Augen vieler Menschen ist DIE LINKE der linke Teil des Establishments. Niemand würde in der Politprofi-Partei darauf kommen, den Slogan aus WASG-Gründungstagen ‚Jetzt wählen wir uns selbst‘ zu verwenden. Regierungsbeteiligungen und eine auf Regierungsbeteiligungen ausgerichtete Politik führt unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu zwangsläufig zu einer Schwächung der Parteibasis, zu Top-Down-Prozessen und dazu, dass Positionen häufiger durch ParteiführerInnen in den Medien deklariert als auf Parteitag erarbeitet werden.“¹²

Was tun?

Auch wenn es wichtig ist, die Ursachen für Entwicklungen zu verstehen, geht es heute vor allem darum, Maßnahmen zu ergreifen, die in die richtige Richtung weisen.

Als wichtigstes erscheint mir das, was Claus Ludwig und ich vor einem Jahr schrieben:

„DIE LINKE muss ihre Verbindungen zu Establishment und bürgerlichen Parteien bewusst und erkennbar kappen, um an Glaubwürdigkeit und Handlungsfreiheit zu gewinnen. Sie muss als eindeutig oppositionelle, kämpferische, sozialistische, klassenbasierte Kraft erkennbar sein. (...) Die Partei muss sich ändern, nicht hier und da ein bisschen, sondern in ihrem ganzen Auftreten, ihrer Schwerpunktsetzung, ihrer inneren Verfasstheit – sie braucht nicht weniger als eine Revolutionierung. So lange bei Parteitagen ein Großteil der Delegierten Mandatsträger, MitarbeiterInnen und Vorstandsmitglieder sind, hilft das Beschwören von mehr Bewegungsorientierung und Selbstorganisation in Strategiepapieren nur wenig. So lange in Thüringen abgeschoben wird, ist die Forderung nach einem ‚gesellschaftlichen Lager der Solidarität‘ von innen hohl.“¹³

Um diese Fragen sollte die Parteilinke entschlossen ringen und gleichzeitig eigene positive Beispiele setzen: durch erfolgreiche lokale Kampagnen, durch engagierte Solidaritätsarbeit für KollegInnen im Betrieb, durch beispielhafte antirassistische Initiativen. Nur wenn wir einen Beitrag leisten, die Partei zu verankern und ihr spezifisches Gewicht zu erhöhen, kann es uns wirksam gelingen, in innerparteilichen Debatten Gehör zu finden.

Unsere Perspektive sollte nicht weniger als der Aufbau einer sozialistischen Massenpartei sein. Eine Partei, die in der Zukunft Hunderttausende organisiert und eine starke Verankerung in der Arbeiterbewegung hat. Erinnern wir uns an die Entwicklung der SPD im 19. Jahrhundert zu einer Partei von einer Million Mitgliedern, Dutzenden Tageszeitungen und einer Basis in den Betrieben – alles übrigens aus der Opposition heraus.

DIE LINKE ist kein Selbstzweck. Aber sie ist es wert, um sie zu kämpfen.

9 Disput, Mai 2017, Seite 8

10 Beschluss des 8. Landesparteitags der WASG Berlin am 4.011.2006, zitiert nach: L- Redler: Das Verschwinden der WASG, S. 38

11 <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/gruendungsparteitag/reden/oskar-lafontaine/>

12 S. Staničić, a.a.O., S. 154f

13 <https://www.sozialismus.info/2016/05/revolution-der-sozialen-gerechtigkeit-nur-mit-einer-revolutionierung-der-partei/>

WIE WEITER: GEGENMACHTSTRATEGIE ODER MITREGIEREN

von Ekkehard Lieberam



Prof. Dr. Ekkehard Lieberam arbeitete als Professor für Staatstheorie und Verfassungsrecht an der Akademie der Wissenschaften der DDR und am Institut für Internationale Studien der Karl-Marx-Universität Leipzig. Er leitet das Projekt Klassenanalyse@BRD der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal und ist aktuell Vorsitzender des Marxistischen Forums in Sachsen.

Am 16. Juni 2017 jährt sich die Gründung der Partei Die LINKE zum zehnten Mal. Dem Fusionsparteitag waren nach zweijährigen Verhandlungen von Funktionsträger*innen beider Parteien getrennte Parteitage der im Dezember 1989 aus der SED hervorgegangenen PDS (zunächst SED – PDS) und der am 7./8. April 2005 gegründeten Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) vorausgegangen. Beide hatten bereits am 18. September 2005 unter dem Namen Linkspartei.PDS und den Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an den vorgezogenen Bundestagswahlen teilgenommen und 8,7 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Die politische Bedeutung der WASG wie auch die Chance einer großen Partei links von der SPD auch in Westdeutschland war nach den Landtagswahlen am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen deutlich geworden: Die PDS hatte 0,9 Prozent der Stimmen und die WASG 2,3 Prozent erhalten.

Die Vorgeschichte der Fusion (PDS-Geschichte, Ausscheiden der

PDS 2002 aus dem Bundestag, Protestbewegungen seit 2004 gegen die Agenda 2010, Krise und Riesenwahlverluste der SPD) und die Entwicklung der LINKEN selbst, auch ihr widersprüchliches Erscheinungsbild im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017, vermitteln wichtige Erkenntnisse der Probleme und Gefahren, mit denen eine kämpferische linke Partei heute konfrontiert ist. Sie bestätigen in eindringlicher Weise die Abhängigkeit der linken Parteiengeschichte von gesellschaftlichen Bewegungen und Stimmungen. Sie machen deutlich, dass es strukturelle Gründe für die zu beobachtende Tendenz zur Anpassung an die Regierenden gibt. Mit den Wahlerfolgen und dem Einzug in die Parlamente entwickelt sich eine Sozialschicht aus Abgeordneten, Parlamentsmitarbeiter*innen, Partei- und Stiftungsangestellten mit eigenen Interessen, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter*innen unterscheiden.

Die Geschichte der PDS wie auch der LINKEN bestätigt so Erkenntnisse, wie sie Wolfgang Abendroth in den fünfziger und sechziger Jahren bei der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von einer Oppositionspartei hin zu einer Staatspartei untersucht und aufgezeigt hat.¹ Glaubwürdigkeitsverluste, die Unwilligkeit zur kritischen

¹ Wolfgang Abendroth kommt in seiner Geschichte der SPD zu dem Ergebnis: „Nun war der reale Träger der Integrationsideologie geboren, eine neue Sozialschicht der Partei (einschließlich ihrer sozialdemokratischen Repräsentanten) und der Arbeiterverbände (vor allem der Gewerkschaften und der Genossenschaftsverbände). Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei interessiert, und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können.“ Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, in: Martin Balzer (Hrsg.), Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2006, CD-Rom, S. 42.

Analyse der eigenen Politik oder das Mitmachen beim anhaltenden Illusionstheater ums Mitregieren werden durchschaubarer.

Selbst eine Kenntnis dieser Trends und Gefahren bietet aber offenbar keine Gewähr dafür, sie abzuwehren. Linke Parteiführungen auf Anpassungskurs haben etwas dagegen, dass ihr politisches Handeln Objekt einer kritischen Analyse und Bewertung wird. Innerparteiliche Demokratie ist wichtig, aber oft nur ein schwaches Gegenmittel gegen Opportunismus.

Geburtshelfer: Protestbewegung gegen die Agenda 2010



In den Jahren 2002 ff. gab es auf neue Weise und aus unterschiedlichen Gründen ein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer kämpferischen Linkspartei. Es war die Zeit, da die neoliberale Kapitaloffensive gegen die abhängig Arbeitenden heftige Formen annahm. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder kam es nach dessen Wiederwahl am 22. Oktober 2002 mit der Agenda 2010 zum massivsten Angriff auf den in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik geschaffenen sozialstaatlichen Klassenkompromiss.

Nach der Regierungserklärung vom 14. März 2003 brachte die Bundesregierung zügig eine Reihe von Konterreformen in den Bundestag ein. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, die Sozialausgaben der abhängig Arbeitenden erhöht, die Zumutbarkeitsregungen bei der Ablehnung von Arbeitsangeboten verschärft. Es kam zur Beschränkung des Arbeitslosengeldes auf grundsätz-

lich 12 Monate, zur Bindung des Arbeitslosengeldes II an die Bedürftigkeit und dessen Absenkung auf Sozialhilfeniveau.

Dagegen protestierten viele Menschen, in den Gewerkschaften und in der SPD selbst. Das öffentliche Bewusstsein veränderte sich. Bei Millionen kam es zu einer spontanen Politisierung und Erbitterung von links. Die Konstituierung einer neuen linken Partei, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) am 2. Januar 2004 geschah im Ergebnis dieser Politisierung.

Im Sommer 2004 entwickelte sich die größte gesellschaftliche Protestbewegung im vereinigten Deutschland. Bis zu 400.000 Teilnehmer*innen in 140 Städten nahmen über viele Wochen hin-

weg an den Montagsdemonstrationen teil. Allein in Leipzig und Berlin demonstrierten am 23. August 2004 gut 30.000 bzw. 20.000 Menschen. Die SPD wurde von einer tiefen Krise erfasst. Im Vorfeld der am 17. September in Sachsen stattfindenden Landtagswahlen konnte die SPD in Sachsen kaum einen Info-Stand aufstellen, ohne dass empörte Bürgerinnen und Bürger ihn alsbald stürmten. Der SPD liefen die Mitglieder und dann in den folgenden Jahren auch die Wählerinnen und Wähler davon. Im Verlaufe des Jahres 2004 traten von den 651.000 Mitgliedern der SPD etwa 40.000 aus, im ersten Quartal 2005 dann 21.616². Aktive ehemalige SPD-Mitglieder, linke Gewerkschafter*innen und „heimatlose“ Linke sammelten sich im Verlaufe des Jahres 2004 insbesondere im „Verband Wahlalternative und soziale Gerechtigkeit“, der sich am 22. Januar 2005 als Partei WASG konstituierte.

Die PDS war offensichtlich nicht die Partei, die von denjenigen, die zur Gegenwehr gegen die Agenda 2010 bereit waren, in der Mehrheit als ihre Partei anerkannt wurde. Hervorgegangen aus der SED hatten sich in ihr Intellektuelle, Wissenschaftler*innen und politische Funktionsträger*innen aus der DDR zusammen mit „Altlinken“ aus Westdeutschland an die Spitze gestellt. Die PDS hatte sich in den neunziger Jahren viel Anerkennung als eine Partei erworben, die entschieden für ostdeutsche Interessen eintritt. Sie kämpfte im Bundestag, in den ostdeutschen Landtagen und außerparlamentarisch gegen Deindustrialisierung, gegen die Abwicklung des öffentlichen Dienstes der DDR, gegen die Diffamierung der DDR und gegen den Bereicherungsfeldzug der westdeutschen Banken und Konzerns auf Kosten der ostdeutschen Eigentümer. Mit dem Einzug der PDS 1990 in den Bundestag gab es dort wieder eine Partei, die den gesellschaftlichen Klassenantagonismus thematisierte und sich auf die Seite der Lohnarbeiter*innen gegen das Kapital stellte. In den neunziger Jahren profilierte sie sich im Bundestag als einzige Antikriegspartei, die gegen den Jugoslawienkrieg und die Auslandseinsätze der Bundeswehr in aller Welt opponierte.

Im Vorfeld der Intensivierung der neoliberalen Kapitaloffensive unter Gerhard Schröder in seiner zweiten Kanzlerschaft war die linke politische Strahlkraft der PDS verblasst. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre sah sie sich zunehmend als Regierungspartei im Wartestand. Unter Roland Claus tolerierte sie in Sachsen-Anhalt eine rot-grüne bzw. eine SPD-Minderheitsregierung. Von 1998 regierte sie in Mecklenburg-Vorpommern mit. Nach einem Wahlsieg am 21. Oktober 2001 in Berlin mit 22,6 Prozent schloss sie am 17. Januar 2002 in Berlin mit Klaus Wowereit eine Koalitionsvereinbarung ab, in der sich die unterzeichnenden Parteien zur NATO und zur „westliche(n) Wertegemeinschaft“ bekannten und von den „Unrechtstaten der DDR“ sprachen. Bei der Bundestagswahl im September 2002 erhielt sie in Berlin noch 11,3 Prozent der Zweitstimmen, im Bundesgebiet insgesamt vier Prozent.

Im März 2000 auf dem Münsteraner Parteitag hatte die Parteiführung der PDS vergeblich versucht, eine Einzelfallprüfung bei UN-mandatierten Auslandseinsätzen der Bundeswehr durchzusetzen. Eine innerparteiliche Opposition bereitete den „Reformlinken“ dann zwei Jahre später im Oktober 2002 auf dem

2 Vgl. n-tv-heute, 1. April 2005, 22.05.

Geraer Parteitag eine sichtbare Niederlage als sie Gabi Zimmer zur Parteivorsitzenden wählte und Dietmar Bartsch ablehnte. Jedoch schon im Juni 2003 wurde Gabi Zimmer von Lothar Bisky als Vorsitzende abgelöst. Einige Monate später entsorgte die PDS mit dem Chemnitzer Programm den Marxismus.

Nicht PDS-Oppositionelle, sondern die gesellschaftlichen Bewegung gegen Hartz IV erzwangen eine Revitalisierung der Linken als Partei DIE LINKE. Die Gründung der LINKEN war nicht schlechthin eine Sache von Absprachen zwischen den Führungen von PDS und WASG, sondern das Ergebnis eines großen, wenn auch letztlich erfolglosen Klassenkampfes von unten gegen die Agenda 2010.

Gesamtdeutsche Partei mit linkem Profil

Mit der Konstituierung der LINKEN war nicht nur eine größere Partei, sondern eine Partei mit einem recht klaren linken Profil entstanden. Überdies hatte sich die Parteienlandschaft insgesamt verändert. Konfrontiert mit der Agenda 2010 und den Klassenauseinandersetzungen um diese Agenda trat der Charakter der anderen Bundestagsparteien SPD, Bündnisgrüne, CDU/CSU und FDP als neoliberales Parteienkartell deutlich hervor. Ein „linkes Lager“ im Parteiensystem war nirgendwo zu erkennen. Die SPD war, wie die Bundestagswahlen 2009 zeigten, von einer 38 Prozent-Partei zu einer 23-Prozent-Partei geworden. Die PDS hatte bei den Bundestagswahlen 2002 gut zehn Prozent der Stimmen erhalten, die für die SPD abgegeben worden waren. 2005 erhielt die Linkspartei.PDS etwa 25 Prozent der Stimmenzahl, die für die SPD abgegeben worden waren; 2009 DIE LINKE 52 Prozent, um dann 2013 lediglich noch 33 Prozent zu bekommen.

Erstens: Die LINKE wurde mit der Vereinigung von PDS und WASG zu einer gesamtdeutschen Partei, wobei diese Entwicklung bereits vorher im Ergebnis der Bundestagswahl 2005 erkennbar war. Sie erhielt in Westdeutschland (auch in Westberlin) bei Bundestagswahlen und bei zahlreichen Landtagswahlen mehr als fünf Prozent der Stimmen. Sie vereinigte in ihren Reihen in Westdeutschland deutlich mehr linke Gewerkschafter*innen, Sozialdemokrat*innen und Bewegungsaktivist*innen als die PDS. Sie wurde dort zu einem beachtenswerten, zum Teil auch zu einem einflussreichen politischen Faktor.

Zweitens: DIE LINKE vollzog gegenüber der PDS politisch und programmatisch einen Kurswechsel nach links. Sie korrigierte die von der in der PDS dominierenden Mehrheitsfraktion der „Reformlinken“ auf dem Chemnitzer Parteitag im Oktober 2003 im Chemnitzer Grundsatzprogramm vorgenommene Entsorgung des Marxismus. Mit dem Erfurter Programm von Dezember 2011 legte sie eine taugliche Lageanalyse des gegenwärtigen Kapitalismus vor und bekannte sich zu einer Reihe von marxistischen Grundsätzen. Sie bezeichnete sich als Partei, die „für einen Systemwechsel“ kämpft. Sie grenzte sich von den anderen Bundestagsparteien ab, „die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen“. (Präambel)

Drittens: Der ehemalige Mehrheitsflügel der „Reformlinken“ in der PDS, der seit Mitte der neunziger Jahre die PDS kontrollierte und auf seine Fahne die „Überwindung der Kapitaldominanz“ (statt die Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums) schrieb, verlor an Einfluss. Im Unterschied zur PDS setzte sich in der LINKEN auf Bundesebene bis hin zum Geschäftsführenden Bundesvorstand ein institutionell abgesichertes Arrangement der drei Lager in der Partei („Reformlinke“ um das „Forum Demokratischer Sozialismus“, eine parteiintern als Zwischengruppe „Mittelerde“ apostrophierte Gruppe um die Emanzipatorische Linke, eine klassenkämpferisch orientierte Linke um die Antikapitalistische Linke, die Kommunistische Plattform und weitere linke Zusammenschlüsse) durch. Die „Reformlinken“ verstärkten nach 2011

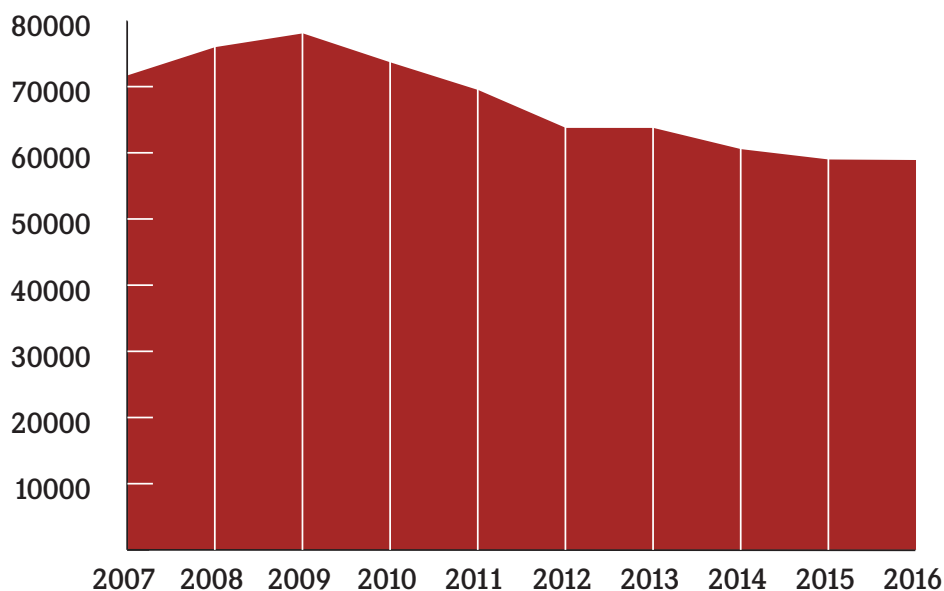
ihren Einfluss auf den Kurs der Partei. Die Orientierung aufs Mitregieren in den Ländern war schon 2009 Konsens geworden; die Forderung nach r2g im Bund gewann ab 2013 an Einfluss.

Viertens: DIE LINKE verstand es, mit ihrer Programmatik, mit ihrem Personalangebot (bis 2009 gab es in der Bundestagsfraktion eine Doppelspitze Gregor Gysi/Oskar Lafontaine und bis 2010 in der Partei die Doppelspitze Lothar Bisky/Oskar Lafontaine) sowie mit ihren an den Interessen der abhängig Arbeitenden ausgerichteten sozialen und politischen Forderungen, sich als glaubhafte linke Wahlalternative gegen das neoliberale Parteienkartell zu etablieren. Sie fand Anerkennung als Friedenspartei, als Protestpartei, als Partei der Prekarisierten, als antikapitalistische und systemverändernde Partei sowie als Antiprivatisierungspartei. Sie verlor überall dort an politischer Glaubwürdigkeit und politischer Stärke, wo sie ihre Grundsätze zur Disposition stellte und sich als Regierungspartei an der neoliberalen Politik beteiligte.

Aufstieg im Westen, Rückgang im Osten

Der PDS gehörten am Tage ihres Zusammenschlusses 63.385 Mitglieder an (davon in den westdeutschen Bundesländern etwa 5.700); die WASG hatte 10.500 Mitglieder. Bis 2009 wuchs die Zahl der Mitglieder der Parte DIE LINKE auf 78.066. Danach verringerte sie sich. 2016 hatte DIE LINKE 58.910 Mitglieder.

Mitgliederentwicklung der Partei DIE LINKE ³



³ <http://www.die-linke.de/partei/mitgliederzahlen>

Nicht nur die Mitgliederentwicklung, auch die Wahlerfolge der LINKEN erreichten 2009 ihren Höhepunkt. Bei der Bundestagswahl 2009 votierten 6,3 Millionen für DIE LINKE. 2,2 Millionen mehr als 2005 und 4,4 Millionen mehr als 2002. Während die PDS bei der Bundestagswahl 2002 1,1 Prozent der Stimmen in den westdeutschen Ländern erhielt, waren es 2009 11,9 Prozent. In Ostdeutschland erzielte sie in Sachsen-Anhalt mit 32,4 Prozent ihr bestes Ergebnis, in Westdeutschland mit 21,2 Prozent im Saarland, aber selbst in Bayern bekam sie 6,5 Prozent der Zweitstimmen. 25 Prozent der Arbeitslosen, 18 bzw. 12 Prozent der Arbeiter und Angestellten wählten DIE LINKE. Bei der Bundestagswahl 2013 fiel sie dann auf 3,8 Millionen Zweitstimmen und 8,6 Prozent zurück. Ihr Stimmenanteil bei den Arbeiter*innen und Angestellten verringerte sich auf 12 bzw. 7 Prozent.

Die große Erfolgsstory der LINKEN währte so nur wenige Jahre. Es war vor allem eine westdeutsche Erfolgsgeschichte. Im Osten ging der Stim-

menanteil der LINKEN bei Landtagswahlen (außer in Thüringen 2009 und 2014 und in Berlin 2016) kontinuierlich zurück. Im Westen zog sie dauerhaft in Bremen, Hamburg und im Saarland, aber auch in die Landtage der Flächenstaaten Niedersachsen (2008), Schleswig-Holstein (2009), Hessen (2009) und NRW (2010) ein. Nur in Hessen gelang ihr 2012 ein erneuter Einzug in den Landtag. In Schleswig-Holstein und NRW verlor DIE LINKE 2012 ihre Landtagsmandate, in Niedersachsen 2013. 2017 verfehlte DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW trotz beachtlicher Stimmengewinne erneut die Fünfprozentssperre, erhöhte aber merklich ihre Stimmen gegenüber 2012.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen und der Meinungsumfragen in den Bundesländern im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 ergibt ein ähnliches Bild: DIE LINKE erreichte 2009, vier Jahre nach dem Erfolg der Linkspartei.PDS und zwei Jahre nach ihrer Konstituierung, ihr bestes Ergebnis.

In den ostdeutschen Bundesländern gab es einen dramatischen Rückgang der Stimmen, in den westdeutschen eine erneute Konsolidierung nach Verlusten in den Jahren 2010 ff.

Wenn man den Umfragen in den Bundesländern im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 folgt, kann sie in den westdeutschen Bundesländern mit ähnlichen Ergebnissen wie im Jahre 2013 rechnen. In den ostdeutschen Bundesländern dagegen muss sie Verluste einkalkulieren. Die heutige Krise der LINKEN ist vor allem eine Krise der ostdeutschen Landesverbände.

Mitregieren: Krise der Glaubwürdigkeit

In der LINKEN wird regelrecht verdrängt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Regierungsfixiertheit und der Krise der LINKEN gibt, zwischen dem Kurs des Mitregierens in den ostdeutschen Bundesländern, dem Verlust an linkem politischen Profil und den anhaltenden Stimmenverlusten bei Landtagswahlen.

Im Jahre 2009 trat DIE LINKE in die Brandenburgische Landesregierung ein. In den Jahren 2014 bis 2016 orientierte sie dann im Vorfeld aller ostdeutschen Landtagswahlen überall auf „die Übernahme von Regierungsverantwortung“ zusammen mit SPD und Bündnisgrünen zwecks Erreichung eines „politischen Richtungswechsels“ gegen die neoliberale Politik. Regierungen unter Einschluss der LINKEN kamen in Thüringen und Berlin zu Stande. Den in den Wahlkämpfen versprochenen Richtungswechsel gegen die neoliberale Politik gab es nirgends. Die Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik der LINKEN wurde sowohl zu einem Problem vieler Wähler der LINKEN als auch der Partei selbst.

In den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern orientierte DIE LINKE gleichfalls aufs Mitregieren, konnte aber im Gegensatz zu Thüringen damit keine Wählerinnen und Wähler motivieren, sie zu wählen, im Gegenteil. Regierungspartei wurde sie auch nicht. Schon die Orientierung aufs Mitregieren verringerte offenbar die Attraktivität der LINKEN, ließ die Stimmung aufkommen, die sich alsbald ausbreitete und ihre Stellung als Adresse für wahlpolitischen Protest

Linkspartei. PDS und DIE LINKE bei Bundestagswahlen (2017: Umfragen)⁴

	2005	2009	2013	2017
Zweitstimmen	4,12 Mio 8,7 %	5,16 Mio 11,9 %	3,76 Mio 8,6 %	8,7 %
Erststimmen	3,76 Mio 8,0 %	4,79 Mio 11,1 %	3,18 Mio 8,1 %	-
Baden-Württ.	3,8 %	7,2 %	4,8 %	-
Bayern	3,4 %	6,5 %	3,8 %	4 %
Berlin	16,4 %	28,5 %	18,5 %	16 %
Brandenburg	26,6 %	28,5 %	22,4 %	16 %
Bremen	8,5 %	14,3 %	10,1 %	-
Hamburg	6,3 %	11,2 %	8,8 %	8 %
Hessen	5,3 %	8,5 %	6,0 %	8 %
Meckl.-Vorp.	23,7 %	29,0 %	21,5 %	
Niedersachsen	4,3 %	8,6 %	5,0 %	5 %
NRW	5,2 %	8,4 %	6,1 %	5 %
Rheinland-Pfalz	5,6 %	9,4 %	5,4 %	4 %
Saar	18,5 %	21,2 %	10,0 %	-
Sachsen	24,5 %	24,5 %	20,0 %	15 %
Sachsen-Anhalt	25,5 %	32,4 %	23,9 %	17 %
Schleswig-Holstein	4,6 %	7,9 %	5,2 %	-
Thüringen	26,1 %	28,8 %	23,4 %	17 %

⁴ Die Zahl 8,7 Prozent für die Bundestagswahl 2017 ergibt sich als Durchschnittswert aller Meinungsumfragen zur „Sonntagsfrage“ Anfang Mai 2017.

unterminierte: „die gehören nun auch zu denen da Oben“.

Am 31. August 2014 wählte Thüringen einen neuen Landtag. 14 Tage später fanden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen statt. In Thüringen hatte die unter Bodo Ramelow ausgearbeitete Wahlstrategie des Kurses auf „sozial regieren“ Erfolg. DIE LINKE erhielt mit 29,2 Prozent das beste Ergebnis in der Geschichte des Landes (unter Einbeziehung der Ergebnisse für die PDS). Heute nach drei Jahren Regieren liegen die Thüringer LINKEN in Umfragen bei 22 Prozent (INSA, Bild vom 14. 4. 2017).

In Brandenburg, wo DIE LINKE seit 2009 mitregiert, fanden am 14. September 2014 Landtagswahlen statt. Die Brandenburger LINKE erhielt 183.178 Stimmen bzw. 18,6 Prozent der Listestimmen. Sie verlor gegenüber 2009 193.924 der Wählerinnen und Wähler oder 8,6 Prozentpunkte. Die Regierungsbeteiligung wurde fortgesetzt. Derzeit liegt DIE LINKE bei Umfragen in Brandenburg bei 15 Prozent.

In Sachsen orientierte der Landesvorstand der LINKEN vor dem 14. September 2014 ebenfalls aufs Mitregieren. Doch die CDU blieb führende Regierungspartei. DIE LINKE verlor gut 60.000 Stimmen und ihr Stimmenanteil ging von 20,6 auf 18,9 Prozent zurück. Umfragen sehen sie heute ebenfalls bei 15 Prozent.

Bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Sachsen-Anhalt und am 4. September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern wiederholte sich das Ganze. Wulf Gallert und Helmut Holter von der LINKEN wollten in beiden Ländern mitregieren und scheiterten. Die Stimmen für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gingen von 23,7 auf 16,3 zurück. In Mecklenburg-Vorpommern erhielt sie gerade noch 13,2 Prozent gegenüber 18,4 im Jahre 2011.

Einen Achtungserfolg erzielte DIE LINKE bei den Berliner Senatswahlen am 18. September 2016. Sie bekam 15,6 Prozent und damit 3,9 Prozent mehr als 2011, wobei die Gewinne fast ausschließlich aus Westberlin kamen. Dort erhielt DIE LINKE 10,1 Prozent der Stimmen (2011: 4,3). Sie trat in die Landesregierung ein und liegt derzeit in Umfragen bei 16 Prozent.

In der LINKEN ist es im Zusammenhang mit den praktischen Erfahrungen als Regierungspartei und ihren damit zusammenhängenden Wahlniederlagen zu keiner ernsthaften kritischen

Debatte gekommen. Auf keinem Bundesparteitag und keinen Landesparteitagen legten Vorstände eine Bilanz der Erfahrungen, der Erfolge und Misserfolge mit dem Regieren vor. Die skizzierten Wählerverluste wurden ohne große Diskussionen hingenommen. Auch der Bundesvorstand legte keine Bilanz der Regierungstätigkeiten vor. Allein der linke Zusammenschluss Antikapitalistische Linke in der LINKEN publizierte 2016 einen kritischen Sammelband zu diesem Thema, in dem es auch Beiträge von Sahra Wagenknecht und Bernd Rixinger gibt.⁵

Thüringer LINKE-Regierung setzt neoliberale Politik fort

Die Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen versprach, dass die seit dem 5. Dezember 2014 amtierende Thüringer Landesregierung unter Bodo Ramelow ein „Meilenstein linker Politik“ wird.⁶ Tatsächlich ist diese Regierung ein besonders drastisches Beispiel für die Vollmundigkeit geworden, mit der ein politischer Richtungswechsel angekündigt wird, um dann zu schweigen, wenn er nicht eintritt. Es zeigte sich erneut, dass die Gestaltungsmöglichkeiten des Regierens durch die gege-

„Unter der Herrschaft des Kapitalismus kann eine Regierung, selbst wenn sie voll Philanthropie und von besten Absichten beseelt ist, nichts Ernsthaftes tun.“

benen ökonomischen, politischen und rechtlichen Verhältnisse bestimmt sind und für linke Politik sehr wenig Raum bieten.

Es gehört zur Geschichtsvergessenheit der Debatte um die Regierungsfrage, dass die historischen negativen Erfahrungen von Sozialist*innen und Kommunist*innen mit dem Regieren in der LINKEN kaum eine Rolle spielen. Wilhelm Liebknecht schrieb im Jahre 1899 im Zusammenhang mit dem Eintritt des Sozialisten Alexandre Millerand in das Kabinett des französischen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau: „Unter der Herrschaft des Kapitalismus

kann eine Regierung, selbst wenn sie voll Philanthropie und von besten Absichten beseelt ist, nichts Ernsthaftes tun.“⁷

Zweieinhalb Jahre Regierungszeit in Thüringen unter Bodo Ramelow sind vorbei. Die sozialen und politischen Zustände haben sich nicht verändert. Die Regierungspolitik hat sich nur minimal in wenigen Punkten verbessert. Aber die Partei DIE LINKE in Thüringen ist deutlich schlechter geworden, weil sie an Glaubwürdigkeit verloren hat.

DIE LINKE ist unter dem Druck des bürgerlichen Politikbetriebes zu einer zweiten sozialdemokratischen Partei geworden, die sich mit den gesellschaftlichen und politischen Zuständen weitgehend ausgesöhnt, zahlreiche Grundsätze aufgegeben hat und vielen Leitbildern der bürgerlichen Propaganda zustimmt. Sie hat keinen politischen Richtungswechsel herbeigeführt, sondern lediglich dem Neoliberalismus ein etwas menschlicheres Antlitz gegeben.

Die Thüringer Landesregierung unter Bodo Ramelow hat zeitweilig einen Abschiebestopp für Asylsuchende verfügt und öffentlich Trauer bei Bootsunglücken im Mittelmeer bekundet. Zu ihren positiven Leistungen gehört, dass sie öffentlich geförderte Arbeitsplätze in

der Größenordnung von 500 bis 1000 für Langzeitarbeitslose geschaffen hat. Das im Wahlprogramm der LINKEN angekündigte kostenlose Kita-Jahr soll im Jahre 2018 kommen.

Ansonsten aber unterscheidet sich die Art des Regierens wenig von der üblichen Regierungspraxis. Trotz Bedenken hat Ministerpräsident Bodo Ramelow der Schuldenbremse als Eckpfeiler der neoliberalen Haushaltspolitik einer eng begrenzten Kreditaufnahme zugestimmt. Gegen massiven Widerstand ist die Landesregierung dabei, eine Funktional- und Gebietsreform durchzusetzen, die Bürgernähe verringert. Bereits in der Koalitionsvereinbarung bekannte sich DIE LINKE zu „Sozialpartnerschaft und verantwortlichem Unternehmer-

⁵ Vgl. Thies Gleiss / Inge Höger / Lucy Redler / Sascha Stanicic (Hg.), Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden, Die Linke und das Regieren, Köln 2016.

⁶ Susanne Hennig-Wellsow, Mit LINKS regieren! In: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.), Mit LINKS regieren? Wie ROT-ROT-Grün in Thüringen geht, Hamburg 2015, S. 40.

⁷ Wilhelm Liebknecht, Brief an den Jahreskongress der französischen Arbeiterpartei, zit. nach: Ekkehard Lieberam, Integrationsfalle (Mit-)Regieren, Bergkamen 2016, S. 49.

tum.⁸ Hinsichtlich der institutionellen Abrechnung mit der DDR im Geiste des Kalten Krieges hat die Regierung Bodo Ramelow alle anderen ostdeutschen Landesregierungen übertroffen. Sie hat an die Stelle einer abgewogenen und differenzierten Bewertung der DDR deren Diffamierung als Unrechtsstaat gesetzt. In zwei Berichten an den Landtag über die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ wird dargelegt, wie dies im Schulunterricht, in der Forschung und im politischen Leben noch intensiver erfolgen soll.

In ihrem Wahlprogramm von 2014 hatte DIE LINKE in Thüringen die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz angekündigt. Kritisiert wurde die „abträgliche Befugnis“ des Verfassungsschutzes zum „Grundrechtseingriff“, die „sich gegen jeden Menschen, den der Verfassungsschutz als ‚verfassungsfeindlich‘ einstuft, (richtet)“.⁹ Mittlerweile hat der Thüringer Verfassungsschutz mehr Mitarbeiter und einen größeren Haushalt als vorher: Im Juni 2016 waren es 103 Stellen (2013: 97); der Etat für

Sozialschicht mit Integrationspotential weitete sich aus

Die widersprüchliche Entwicklung der LINKEN ist nur zu verstehen, wenn man sie auf dem Hintergrund der Funktionsweise des in Deutschland bestehenden parlamentarischen Regierungssystems betrachtet, das im besonderen Maße erfolgreiche Parteien durch finanzielle Zuwendungen belohnt. Die Parlamentsparteien sind in diesem System zum einen politische Organisationen der Gesellschaft mit einem bescheidenen Organisationsgrad von zwei Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Sie konkurrieren in Wahlen um den „Wählermarkt“, erwerben entsprechend ihrem Anteil daran Mandate im Bundestag, in den Landtagen und den kommunalen Vertretungen. Sie haben dadurch zum anderen Zugang zum Staat. Sie können (müssen aber nicht) im Falle einer parlamentarischen Vertretung sich an der Bundesregierung und den Landesregierungen beteiligen,

Finanzierung der Parlamentsarbeit der Parteien und die staatlichen Gelder für ihre sechs Stiftungen summieren sich auf deutlich mehr als eine Milliarde Euro. Auch eine linke Partei unterliegt so unweigerlich der Versuchung, ein kapitalistischer Betrieb zu werden, wo unten gearbeitet und ganz oben üppig Geld verdient werden kann. Dies prägt die Interessenlage derjenigen, die in ihr oder für sie arbeiten.

Das Paradox an diesem Systems ist: Je größer die wahlpolitischen Erfolge einer linken Partei sind, desto größer sind nicht nur ihre Möglichkeiten, das Parlament für den politischen Kampf um Verbesserungen im Interesse der Lohnabhängigen zu nutzen, sondern umso größer wird ebenfalls die soziale Schicht derjenigen, die von der Partei leben und dabei Interessen entwickeln, die mit den Interessen der Lohnabhängigen kollidieren und mit sozialistischen Grundsätzen oft nicht vereinbar sind. In der LINKEN umfasst diese Schicht heute deutlich mehr als 2000 Personen.

Der Drang zur „Regierungsverantwortung“ von Parteiführungen erklärt sich zu einem guten Teil aus dem Interesse an der dann gegebenen Möglichkeit, Minister zu stellen und neue Ämter im Bereich der Ministerien, der Justiz, der Verwaltung und der öffentlich-rechtlichen Medien für Parteiaktivisten zu erschließen.

DIE LINKE hat gegenüber der PDS bei den Einnahmen aus der Staatskasse zum Teil kräftig zugelegt, vor allem hinsichtlich der Höhe der Fraktionszuschüsse im Bundestag¹² und der Zuwendungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist im Jahr ihres 10. Jubiläums in drei Bundesländern Regierungspartei mit erweiterten Möglichkeiten der Ämterpatronage, aber auch der Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung über den Bundesrat. Sie hat dort z. B. am 2. Mai 2017 mit ihrem Ja zum Gesetzespaket zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einer Privatisierung von Autobahnen den Weg gebahnt, was immerhin in einer Erklärung des Bundesvorstandes als „falsch“ bezeichnet wird.¹³

Die LINKE hat derzeit 228 Abgeordnete, sieben im Europaparlament, 64 im Bundestag und 157 in zehn der 16

Die widersprüchliche Entwicklung der LINKEN ist nur zu verstehen, wenn man sie auf dem Hintergrund der Funktionsweise des in Deutschland bestehenden parlamentarischen Regierungssystems betrachtet, das im besonderen Maße erfolgreiche Parteien durch finanzielle Zuwendungen belohnt.

2016 betrug 7,5 Millionen Euro (2013: 6,7 Millionen).¹⁰ Nach wie vor diffamiert der Thüringer Verfassungsschutz linke Organisationen als verfassungsfeindlich. In seinen Bericht für 2014 und 2015 werden, wie unter der CDU gehabt, die KPF in der LINKEN, die DKP, die Rote Hilfe e.V. und die Antifaschistische Organisation Gotha als Organisationen genannt, die die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ gefährden.¹¹

⁸ Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Erfurt, 4. Dezember 2014, S. 8.

⁹ Wann, wenn nicht jetzt, Thüringen sozial regieren, DIE LINKE, Programm der Partei DIE LINKE Thüringen zur Landtagswahl 2014, Beschluss des 4. Landesparteitages, 2. Tagung, 22. März 2014 in Sömmerda, S. 44.

¹⁰ Vgl. wikipedia Verfassungsschutz Thüringen und www.kriminalpolizei.de

¹¹ Vgl. Freistaat Thüringen, Verfassungsschutzbericht, 2014/2015, Pressefassung, Stand: 20. 9. 16, S. 6 ff und 111 ff.

so die Rechtssetzung und Staatspolitik mitbestimmen und zugleich den Staat als „Beute“ für sich und ihre Mitglieder nutzen. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang vom Parteienstaat gesprochen.

Das parlamentarische Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik versorgt die Parteien reichlich mit staatlichen Geldern und Ämtern und zwingt die Parteien, „Wahlkampfmaschinen“ in einem permanenten Wahlkampf zu werden. Vor allem dies bedingt neben politisch-psychologischen Faktoren (wie ein häufig sich entwickelndes elitäres Selbstwertgefühl von Abgeordneten und das Unbehagen über Liebesentzug im Fall konsequenter Opposition) seine enorme Integrationskraft, systemopponentelle Parteien und Abgeordnete zu „mäßigen“ und schließlich einzubinden. Die staatliche Parteienfinanzierung, die

¹² Die Fraktionszuwendungen im Bundestag für die PDS im Jahre 1999 betragen 11,96 Millionen DM, die für die LINKEN im Jahre 2015 12,6 Millionen Euro. Vgl. Bekanntmachungen der geprüften Rechnungen der Fraktionen, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/4040, S. 11 und Drucksache 18/9490, S. 8.

¹³ Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Juni 2017



Bundesländer. Im Jahre 2000 hatte die PDS 193 Abgeordnete, sechs im Europaparlament, 36 im Bundestag und 151 in den sechs ostdeutschen Landtagen. Erheblich angewachsen ist die Zahl der voll- und teilbeschäftigten Mitarbeiter im Bundestag. Im Jahre 2000 waren es bei der PDS-Fraktion 142, im Jahre 2009 bei der Bundestagsfraktion der LINKEN 622.¹⁴ Die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung erhielt in den Jahren 1999 und 2000 staatliche Einnahmen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 4,1 bzw. 9,5 Millionen DM.¹⁵ Im Jahre 2014 bekam die RSL an staatlichen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt erheblich mehr: 52,0 Millionen.¹⁶

Die Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems wirkt in der Tendenz und nicht absolut. Besonders in der Bundestagsfraktion und im Bundesvorstand der LINKEN gibt es (mehr als um die Jahrtausendwende in der PDS) zahlreiche Abgeordnete bzw. Mitglieder mit klaren antimilitaristischen und antikapitalistischen Positionen, die sich nicht einbinden lassen, sondern diese Positionen unbeirrt vertreten und danach handeln.

Illusionstheater um r2g im Bund

Der 10. Jahrestag der Konstituierung der LINKEN am 16. Juni 2017 findet eine Woche nach dem Bundestagswahlparteiabend der LINKEN in Hannover statt, unmittelbar vor Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes. Die LINKE war auf diesem Parteiabend bemüht, das Illusionstheater um r2g im Bund, die Fixiertheit auf die Regie-

rungsfrage zu beenden und mit einem auf ihre Alleinstellungsmerkmale ausgerichteten kämpferischen Programm in den Bundestagswahlkampf zu gehen.

Politiker der LINKEN wie Gregor Gysi und Bodo Ramelow fordern seit Jahren Regierungsbeteiligung im Bund mit SPD und Bündnisgrünen. Gregor Gysi hat auf dem Bielfelder Parteitag im Juni 2015 ausdrücklich dafür geworben und ist dabei angesichts der seiner Meinung nach möglichen kleineren Verbesserungen in der Innen- und Außenpolitik regelrecht ins Schwärmen gekommen. Der Parteitag spendete ihm dafür nur verhaltenen Beifall, aber immerhin Beifall. Eine Verwirklichung dieser Pläne wäre nach zehn Jahren das Ende der

nicht mehr, schließt aber r2g nach der Bundestagswahl auch nicht aus.

Nicht zuletzt mittlerweile drei „Trialogtreffen“ von Bundestagsabgeordneten der LINKEN, der SPD und der Bündnisgrünen im Oktober, Dezember 2016 und im April 2017 erweckten den Eindruck einer gemeinsamen Vorbereitung auf ein Regierungsprogramm für den Bund. Anfang 2017 besagten die Meinungsumfragen, dass schon rein rechnerisch eine Mehrheit von SPD, LINKEN und Bündnisgrünen nicht gegeben ist. Dann, angesichts der mit der Übernahme der SPD-Kanzlerkandidatur durch Martin Schulz in Richtung 30 Prozent gestiegenen Umfragewerte für die SPD näherten sich die drei Parteien zusammen

„Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt.“

Partei als kämpfende linke Partei, als wichtiger Teil von Gegenmacht.

Der Bundesvorstand der LINKEN hat am 3. Dezember 2016 nach intensiver Diskussion und zahlreichen Veränderungen gegen fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen dem Wahlstrategiepapier der Partei für die Bundestagswahl 2017 zugestimmt. Der vom Bundesvorstand mit Mehrheit abgelehnte Entwurf vom September hatte sich noch für eine offensive Wahlkampfstrategie zu Gunsten von „Rot-Rot-Grün“ ausgesprochen: „Das Land braucht eine linke Regierung oder es droht eine rechte“.¹⁷ Das verabschiedete Strategiepapier¹⁸ tut das

der 50-Prozentmarke. Nunmehr liegen die drei Parteien wieder bei 40 Prozent. Dennoch sind nicht wenige Politiker*innen der LINKEN immer noch auf Regierungsbeteiligung im Bund fixiert.

In ihrem Strategiepapier setzt DIE LINKE auf inhaltliche Eigenständigkeit. Verwiesen wird auf die richtige Feststellung im Grundsatzprogramm von Erfurt, dass es „Kernaufgabe der LINKEN (ist) zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen“. Jedoch wird diese Position dann wieder vergessen, wenn es heißt, die neoliberale Politik könne durch eine andere Politik ersetzt werden, wenn die „demokratisch-legitimierte(n) Institutionen die gesellschaftliche Entwicklung politisch gestalten und das nicht den Konzernen und Banken überlassen“. (S. 3) Das Grundsatzprogramm der LINKEN von Erfurt vom De-

¹⁴ Vgl. Organklage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) gegen den Deutschen Bundestag, 2012, Verfasser: Hans Herbert von Arnim, Anlage 7, <https://www.oedp.de/fileadmin/user-upload/akt>

¹⁵ Jahresbericht 1999/2000, Rosa Luxemburg Stiftung, rls, Stand: 12. November 2001, S. 76.

¹⁶ Jahresbericht 2015 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Juni 2016, S. 85.

¹⁷ Strategischer Ansatz für die Bundestagswahl 2017, Wahlstrategie für DIE LINKE, Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn, Stand 12. September 2016, S. 2.

¹⁸ Hoffnung und Mut statt Angst, Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, Strategie für die Bundestagswahl 2017.

zember 2011 sieht da derzeit keine reale Möglichkeit: „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt.“ (Präambel)

Einige Bundesminister der LINKEN würden daran überhaupt nichts ändern. Sie wären eingebunden in ein Regierungssystem, dem Opposition wesensfremd ist, dessen Markenzeichen die Fortsetzung des Neoliberalismus und der Kriegsführung in aller Welt ist. Eine Teilnahme an der Bundesregierung würde das Unternehmen DIE LINKE zehn Jahre nach ihrer Konstituierung als oppositionelle Kraft, als wichtiger Teil von Gegenmacht beenden. Die abhängig Arbeitenden, die linken sozialen, antimilitaristischen und politischen Bewegungen hätten im Bundestag keine Stimme mehr.

Machtpolitische Gegebenheiten werden ignoriert

Es gibt in der LINKEN zum einen eine Praxis des Mitregierens in den Bundesländern, die die Partei in den bürgerlichen Politikbetrieb einordnet. Sie wird dabei unweigerlich zur Vollstreckerin neoliberaler Politik. Die Interessen der beteiligten Politiker*innen verbinden sich mit den Interessen der ökonomisch Herrschenden. Zum anderen gibt es nach wie vor einen von der LINKEN getragenen Widerstand gegen die neoliberale Politik, gegen NATO und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Diese Sowohl-als-auch-Politik, flankiert von einem Verständnis des „sozialistischen Pluralismus“ als politische Beliebigkeit, unterminiert Glaubwürdigkeit und den Anspruch der Partei, eine sozialistische Prinzipienpartei zu sein. Grundsatzfragen linker Politik und Strategie wie die Regierungsfrage und in ihrem Zusammenhang die Machtfrage bleiben unklar und ungeklärt.

Weder die Diskussion über rote Halbtinien, die bei Regierungsbeteiligungen einzuhalten sind, noch der an sich richtige Hinweis, dass im Falle einer Regierungsbeteiligung die „Chance“ bestehen muss, „linke Politik zu machen“,¹⁹ haben der LINKEN geholfen, hinsichtlich der Regierungsfrage eine überzeugende Position zu entwickeln. Die „Chance“ linker Politik in der Regierung ist eine strukturelle

Frage und keine Willensfrage. Sie ist derzeit nicht gegeben, was eine konkrete Lageanalyse der gegebenen Klassenmachtverhältnisse in Deutschland verlangt.

Erstens: Die derzeitige politische Situation ist gekennzeichnet von einer stabilen hegemonialen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals²⁰ und einer fortdauernden neoliberalen Kapitaloffensive.

Seit Ende der siebziger Jahre haben es die Lohnabhängigen wie auch die Linken mit einer Offensive des Kapitals im Zeichen neoliberaler Politik zu tun. Diese Offensive ist machtpolitisch abgesichert. Selbst als die neoliberale Ideologie des Marktradikalismus vor etwa zehn Jahren ihre Überzeugungskraft (bzw. ihre Hegemonie) im öffentlichen Bewusstsein verlor, war der Neoliberalismus machtpolitisch keineswegs am Ende. Er wird ungebrochen fortgesetzt, gestützt nicht zuletzt auf ein neoliberales Kartell der Parlamentsparteien. Die LINKE steht vor der Entscheidung, entweder diese Offensive mitzutragen oder aber Operationsbasis des gesellschaftlichen Widerstandes zu sein, in den Parlamenten wie außerhalb.

Zweitens: Machtpolitische Grundlage linker Politik sind die Interessen der Lohnabhängigen. Wenn die LINKE dies negiert, verdient sie diesen Namen nicht.

Linke Politik hat die Aufgabe, die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zu verändern, die Sammlung der politischen Kräfte, die für die Interessen der Lohnabhängigen kämpfen, voran zu bringen. Sie hat in diesem Sinne die Machtfrage als Entwicklung von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht zu stellen, über die gegebenen Zustände aufzuklären, Abwehrkämpfe gegen die jeweiligen Projekte neoliberaler Politik zu organisieren, den Kampf um konkrete Verbesserungen in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben zu führen. Mitregieren ist ein Irrweg, weil sie DIE LINKE als Linke entmachtet.

Drittens: Bestandteil neoliberaler Politik ist ein Illusionstheater um die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie, „Macht auf Zeit“ zu vergeben. Politiker der LINKEN beteiligen sich an diesem Theater, wenn sie meinen, die Machtfrage zu stellen hieße in die Regierung zu gehen.

Wenn Politiker der LINKEN sich zehn Jahre nach der Konstituierung der Partei auf ein Mitregieren im Bund einlassen sollten, dann „erobern“ sie unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht „ein Stück Macht“, sondern sie vollziehen den Brückenschlag zu den Regierenden und zur neoliberalen Politik, werden zum Bestandteil und zur Reserve des Herrschaftssystems. Mitregieren wird zur Integrationsfalle, konkretisiert den Kampf um Gegenmacht.

Viertens: Die neoliberale Politik kann nicht einfach abgewählt werden, sondern muss in länger andauernden geschichtlichen Kämpfen um „Reform und Revolution“ gestoppt und bezwungen werden. Dabei spielen Wahlkämpfe eine wichtige, aber in der Regel eine begrenzte Rolle.

Dies kann dann als sozialistische Transformationsstrategie verstanden werden, wenn damit der Ausbau von Gegenmacht und die Bereitschaft zum Bruch mit der Macht des Kapitals gemeint ist. Wahlen sind im Unterschied zu ihrer Verklärung in der offiziellen Ideologie der Bundesrepublik nicht Quelle der politischen Macht des Volkes in der „Parteiendemokratie“. Sie sind ein Stimmungsbarometer für die Bereitschaft zur Gegenwehr. Aber in erster Linie sind sie eine Methode, mittels derer die Bundesregierung als geschäftsführender Ausschuss der Kapitalistenklasse gebildet wird: von miteinander konkurrierenden Eliten aus den etablierten Parteien. Die Regierung ist die Spitze des Staates und des Herrschaftssystems. Der Staat ist „lediglich ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine Kette von Befestigungswerken und Kasematten“²¹ liegt. Es existiert eine aus dem Widerspruch zwischen den Eigentümern der Produktionsbedingungen und den Eigentümern von bloßer Arbeitskraft hervorwachsende Herrschaftsstruktur (in den USA als „power structure“ oder „invisible government“ bezeichnet), ein Macht- und Rechtssystem, das dafür sorgt, dass auch eine Regierung mit linken Ministern vom Weg, die Interessen der Konzerne und Banken durchzusetzen, nicht abweicht.

¹⁹ Sahra Wagenknecht, Linke Politik statt „Rot-Rot-Grün“, in: Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler, Sascha Stanicic, Die Linke und das Regieren, a. a. O., S. 214.

²⁰ Frank Deppe, Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus der Gegenwart, Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Z., Nr. 61, 2005, S. 10.

²¹ Antonio Gramsci, Politischer Kampf und militärische Auseinandersetzung, Aufzeichnung aus dem Jahre 1930 bis 1934, in: Antonio Gramsci, Zur Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 273.

Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut



Das Gründungsdokument der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.

Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalismus gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu Hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Für eine kämpferische Kommunalpolitik



Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.

Wie kann auf kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?

Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden



Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?

Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8
256 Seiten, 14,90 Euro

KONTAKT ZUR AKL:

Website:
www.antikapitalistische-linke.de

E-Mail:
info@antikapitalistische-linke.de

Für die AKL Spenden:
DIE LINKE. Parteivorstand
Konto-Nr. 132 257 31
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse
Kennwort „Antikapitalistische Linke“



Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.